

Hertensteiner Gespräche in Heilbronn

Ergebnisse aus dem Jahr 2020

Heinrich Kümmerle (Herausgeber)

Copyright: © 2021 Heinrich Kümmerle

E-Book-Gestaltung: Detlef Stern

Verlag: epubli GmbH, Berlin, www.epubli.de

ISBN 978-3-754135-69-3

EUROPA-UNION Heilbronn

Werderstraße 135/1

D-74074 Heilbronn

info@euhn.eu

<https://euhn.eu>

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Prof. Dr. Walther Heipertz	5
Einleitung von Heinrich Kümmerle	7
Einführung in die Gespräche	11
I. Wir bringen die europäische Bürgerschaft zusammen! Möglichkeiten für Begegnungen am Beispiel Frankreichs nutzen	13
II. Europa als Projekt – was heißt das für die Europäer von heute?	33
III. Europäische Geld- und Fiskalpolitik	51
IV. Wir sind nicht alleine! – Vernetzung und Wirkkraft Europäischer Föderalisten	63
V. Die bevorstehende EU-Zukunftskonferenz – Vorstufe für einen neuen Verfassungskonvent für Europa?	67
Hot-Wash-Up & Ausblick	71
Mitwirkende	73
Über uns	75

Vorwort von Prof. Dr. Walther Heipertz

Die Hertensteiner Gespräche sind hinsichtlich der Entwicklung von Europa – ihrer Kommentierung und Beförderung – ein einzigartiges Format: Sie dokumentieren den – nicht nur einmaligen, sondern kontinuierlichen – Prozess und die Ergebnisse eines „geführten“ Gedankenaustauschs von Menschen, die das Thema bewegt, die Europa voranbringen wollen und die aus ganz verschiedenen Perspektiven darauf blicken bzw. daran beteiligt sind. Zum einen ist das ‚auch‘ die Politik, was naheliegt, auch die entsprechend ausgerichteten Organisationen, etwa die Jungen Europäer und die EUROPA-UNION, aber eben auch ganz andere Menschen und Gruppen. Dies spiegelt sich nicht nur in den Themen der Gesprächskreise und ihren jeweiligen ‚Vorbereitern‘, sondern deutlicher noch bei den Teilnehmern selbst, die etwa aus dem Bereich Städtepartnerschaften und Umweltverbänden kommen, aber auch ‚nur‘ engagierte Ärzte, Anwälte, Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Angestellte, Beamte, Auszubildende, Ruheständler u.a. sind. Der bunte Querschnitt engagierter Bürger ist es also, der sich hier außerhalb der beruflich gebahnten Kanäle einmal im Jahr zusammenfindet und diskutiert. Hier findet ein kontinuierlicher, sich also fortschreibender, somit nicht nur einmaliger und auch nicht jeweils komplett neuer Diskurs statt, im Sinne eines ablaufgeplanten, also vorbereiteten und vorangekündigten, somit methodisch im Mindestmaß qualitätsgesicherten bzw. ‚standardisierten‘ Gesprächsrahmens. Die Mehrzahl der Themen bzw. Gesprächsgruppen werden – wegen ihrer bei Beginn der Gespräche vor 4 Jahren für gleichsam konstitutiv angesehenen Bedeutung – über die Jahre nur geringfügig verändert oder allenfalls lediglich mit aktuellen Schwerpunktsetzungen ergänzt. So soll ein kontinuierlicher, jeweils auch dokumentierter Entwicklungsprozess der themenzentrierten Reflexion des „Weltprojektes Europa“

erkennbar werden, bzw. damit auch die Entwicklung des europäischen Prozesses selbst, im Spiegel eben des Bewusstseins von sich damit beschäftigenden und davon betroffenen Menschen. Einschlägige, immer wieder auch sehr grundlegende Statements und Bücher von Soziologen, Politikern und Historikern, die eigentlich aber ‚nur‘ in die Tiefe gehende ‚Einzelleistungen‘ darstellen, sind unabdingbar und gehen deshalb in die Vorbereitung und den Verlauf der „Hertensteiner Gespräche“ ein, gelegentlich auch als zentraler Anknüpfungspunkt, ohne dass sie zu einem jährlichen Fortbildungskongress würden. Unsere Gespräche sind dagegen sowohl eine ‚erste Antwort des Gegenstands selbst‘, also eines sich artikulierenden, europäischen Selbstverständnisses, auf neue Deutungsentwürfe – eine Antwort, die gegebenenfalls auch den Autoren und Spezialisten zurückgespielt bzw. zugänglich gemacht wird –, sind aber auch ein wichtiger Multiplikator für die – positive oder negative – Breitenwirkung bzw. ‚Einspielung‘ solcher Impulse in den europäischen Prozess, jenseits eben der üblichen Vermarktung von Büchern. Diese Gespräche sind insofern ein wechselseitiger Widerhall zwischen den theoretischen und den praktischen Fortschritten in der geistig-politischen Wirklichkeit Europas, sollen also – im besten Sinne des Wortes – ein ‚Prozessbeschleuniger‘ für die Weiterentwicklung sein: auf Basis sowohl praxisrelevanter Theorie, also auch theorierelevanter Praxis. Hierzu treffen sich inzwischen schon viele Teilnehmer jedes Jahr wieder, einige schon von Anfang an. Glücklicherweise kommen aber immer wieder auch neue hinzu, die neue Ideen haben, sich aber auch von denjenigen, die schon länger dabei sind – vielleicht auch als Moderatoren bzw. ‚Themenverantwortliche‘ – über den ‚Hertensteiner Stand zum Thema‘ informieren lassen wollen. Die Gesprächsprotokolle sind somit eine Art ‚Kompendium‘ der sich selbst reflektierenden und weiterentwickelnden, europäischen Integrationsgeschichte, aus der Perspektive einer – primär laienhaften, wenn auch informierten – Selbstbetroffenheit. Dies markiert nicht nur den Unterschied zu klassischen Publikationen aus der Fachwelt, die sich ja bestmöglich um Objektivität und ‚Abstand‘ vom Gegenstand bemühen muss, sondern macht sie so – wie wir ein wenig stolz und hoffnungsfroh ‚beanspruchen‘ – zu einer einzigartigen ‚Tendenzliteratur‘, die wir auch brauchen.

Einleitung von Heinrich Kümmerle

Die Hertensteiner Gespräche fanden 2020 bereits zum vierten Mal, nämlich am 19. und 20. September 2020, aber aufgrund von COVID-19 nur virtuell unter Zuhilfenahme einer Videochat Software statt. Sie sind inzwischen ein fester Bestandteil im Vorhabenkanon der Europäischen Föderalisten und in einer ersten Gesprächsreihe auf insgesamt 12 Gesprächsrunden festgelegt, wobei in der ersten Dekade jetzt die Themen, die sich allesamt aus den zwölf Punkten des Hertensteiner Programms vom 21. September 1946 ableiten, laufend – auch von den jeweiligen Gesprächsteilnehmern selbst im Hinblick auf das Folgejahr – den heutigen und sich weiter wandelnden Bedürfnissen und Fragen entsprechend erweitert oder spezifiziert wurden und werden.

Im Jahr 2027, bei den 11. Hertensteiner Gesprächen, sollen dann die Ergebnisse dieser Dekade thematisiert und diskutiert werden, um letztendlich 2028 bei den 12. Hertensteiner Gesprächen eine gemeinsame Erklärung zum Hertensteiner Programm von 1946 abgeben zu können.

Prof. Dr. Walther Heipertz hat in seinem Vorwort zu diesem Gesprächsprotokoll bereits das Besondere an den Hertensteiner Gesprächen dargelegt, so dass es mir nur noch bleibt, daran zu erinnern, dass bis zum Abschluss der Hertensteiner Gespräche 2028 der Weg dorthin zugleich auch das Ziel ist, welcher allen Beteiligten möglichst transparente, interessante, vielfältige und auch ergebnisoffene Gespräche und dies in einer sehr angenehmen Atmosphäre bieten soll, die jedem Mitmacher mehr Lust auf Demokratie und inhaltliche Auseinandersetzungen machen.

Beginnend mit den 4. Hertensteiner Gesprächen haben wir uns zudem entschieden, die ursprüngliche Schreibweise der EUROPA-UNION zu

verwenden, um u.a. einer Verwechslung mit der Europäischen Union zu erschweren. Auch verwenden wir hier im Protokoll die Abkürzung „EU“, welche sowohl für die EUROPA-UNION als auch für die Europäische Union gebräuchlich ist, nur für letztere.

Die 4. Hertensteiner Gespräche fanden erneut die Unterstützung seitens der EUROPA-UNION Deutschland, der EUROPA-UNION Baden-Württemberg und der Union Europäischer Föderalisten, sowie die unserer Jugendorganisation, den Jungen Europäischen Föderalisten aus Baden-Württemberg. Neu hinzu kam die Neue Europäische Bewegung Schweiz, welche allerdings zu den Gesprächen selbst keinen Vertreter entsenden konnte.

Die Gespräche mussten aufgrund von COVID-19 in den virtuellen Raum verlegt werden, fanden dabei allerdings wieder zweitägig statt. Für die Vorbereitung der 4. Hertensteiner Gespräche konnten Michael Georg Link MdB (Heilbronn), Leonhard Reinwald (Heilbronn), Prof. Dr. Walther Heipertz (Heidelberg), Carmen Kieninger (Heilbronn) sowie Bettina und Heinrich Kümmerle (Heilbronn) gewonnen werden.

Als weitere Unterstützer der 4. Hertensteiner Gespräche kam dann noch der JEF-Landesvorsitzende, Alexander Holder (Ludwigsburg), hinzu, der ein Grußwort sprach.

Während des Verlaufs der diesjährigen Veranstaltung wurden für die Weiterentwicklung der Hertensteiner Gespräche, und zwar schon für die kommende 5. Runde, die folgenden Veränderungen erwogen:

- vielleicht sollte man flexibler neue Themen hinzunehmen;
- vielleicht sollten die Hertensteiner Gespräche grundsätzlich virtuell oder in Hybrid-Form stattfinden;
- vielleicht könnten die Hertensteiner Gespräche als Parallelveranstaltung zur Konferenz zur Zukunft Europas dienen.

Die hier veröffentlichten Ergebnisse der 4. Hertensteiner Gespräche sollen allen Interessierten Lust zur Teilnahme machen und den Gesprächsteilnehmern eine gute Zusammenfassung der Gesprächsverläufe

bieten.

Ich bedanke mich bei allen Moderatoren, Protokollanten, Organisatoren, Impulsgebern und Diskutanten für deren Teilnahme und das dabei gezeigte Engagement. Als Einstieg in das E-Book finden Sie das Grundsatzprogramm der EUROPA-UNION Deutschland:

Hertensteiner Programm vom 21. September 1946

1. Eine auf föderativer Grundlage errichtete, europäische Gemeinschaft ist ein notwendiger und wesentlicher Bestandteil jeder wirklichen Weltunion.
2. Entsprechend den föderalistischen Grundsätzen, die den demokratischen Aufbau von unten nach oben verlangen, soll die europäische Völkergemeinschaft die Streitigkeiten, die zwischen ihren Mitgliedern entstehen könnten, selbst schlichten.
3. Die Europäische Union fügt sich in die Organisation der Vereinten Nationen ein und bildet eine regionale Körperschaft im Sinne des Artikels 52 der Charta.
4. Die Mitglieder der Europäischen Union übertragen einen Teil ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Souveränitätsrechte an die von ihnen gebildete Föderation.
5. Die Europäische Union steht allen Völkern europäischer Wesensart, die ihre Grundsätze anerkennen, zum Beitritt offen.
6. Die Europäische Union setzt die Rechte und Pflichten ihrer Bürger in der Erklärung der Europäischen Bürgerrechte fest.
7. Diese Erklärung beruht auf der Achtung vor dem Menschen, in seiner Verantwortung gegenüber den verschiedenen Gemeinschaften, denen er angehört.
8. Die Europäische Union sorgt für den planmäßigen Wiederaufbau und für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit sowie dafür, dass der technische Fortschritt nur im Dienste der Menschheit verwendet wird.

9. Die Europäische Union richtet sich gegen niemand und verzichtet auf jede Machtpolitik, lehnt es aber auch ab, Werkzeug irgendeiner fremden Macht zu sein.
10. Im Rahmen der Europäischen Union sind regionale Unterverbände, die auf freier Übereinkunft beruhen, zulässig und sogar wünschenswert.
11. Nur die Europäische Union wird in der Lage sein, die Unversehrtheit des Gebietes und die Bewahrung der Eigenart aller ihrer Völker, größer oder kleiner, zu sichern.
12. Durch den Beweis, dass es seine Schicksalsfragen im Geiste des Föderalismus selbst lösen kann, soll Europa einen Beitrag zum Wiederaufbau und zu einem Weltbund der Völker leisten.

Einführung in die Gespräche

(Moderator: Heinrich Kümmerle, Kreisvorsitzender der EUROPA-UNION)

Begrüßung der Teilnehmer, Kurzeinweisung in die Hertensteiner Gespräche und deren Gesprächsmodalitäten. Themenpräsentation und Grußworte von Vertretern der EUROPA-UNION Deutschland, Baden-Württemberg und der Jungen Europäischen Föderalisten.

Da die Virtualität für einige Teilnehmer doch noch etwas ungewohnt war, wurde die Begrüßung der Teilnehmer auch dazu genutzt, um das verwandte System kurz vorzustellen und die Modalitäten der Bedienung festzulegen. Auch nutzte der Moderator die Gelegenheit, um die anwesenden Teilnehmer kurz vorzustellen und neue Gesprächsteilnehmer zu begrüßen. Danach sprachen die Vertreter der teilnehmenden Verbände ihre Grußworte und gaben bereits auch ihre ersten Statements zu den Gesprächen ab, was bereits zu ersten Diskussionen führte und in die erste Gesprächsreihe einführte.

I. Wir bringen die europäische Bürgerschaft zusammen! Möglichkeiten für Begegnungen am Beispiel Frankreichs nutzen

(Impulsgeberin: Friedlinde Gurr-Hirsch MdL und Staatssekretärin. Moderatoren: Bettina Kümmerle, Landesgeschäftsführerin der EUROPA-UNION, und Carmen Kieninger, Europabeauftragte des Landkreises Heilbronn)

Einleitung

Die Themen Städtepartnerschaft sowie binationaler Austausch auf kommunaler Ebene, z.B. in Partnerschaftsvereinen, der Forstwirtschaft, den Feuerwehren, sollen dazu verstärkt aufgegriffen werden. Ziel des Gesprächskreises soll es sein, weitere Anreize für die Bürgerschaft zu setzen, um verstärkt und aktiv in den persönlichen Austausch mit unseren europäischen Nachbarn zu treten.

Impuls 1: „Grenzenlos nachhaltig – Strategien gegen Lebensmittelverschwendung in Europa!

Friedlinde Gurr-Hirsch MdL, Staatssekretärin im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

In Deutschland fallen jährlich fast 12 Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle an. Das ergab die im September 2019 veröffentlichte Studie „Lebensmittelabfälle in Deutschland – Baseline 2015“ des Johann Heinrich von Thünen-Institutes im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

1. Politische Aktivitäten in Baden-Württemberg gegen Lebensmittelverschwendung

Seit 2017 setzt sich Baden-Württemberg für die Vermeidung von Lebensmittelabfällen entlang der Wertschöpfungskette mit einem strategischen Ansatz ein:

- Politische Verankerung als 4. Leitsatz in der Ernährungsstrategie 2017 und Kabinettsbeschluss zu einem Maßnahmenplan gegen Lebensmittelverschwendung im Oktober 2018. Seit dem 9. Oktober 2018 ist die Landesregierung mit dem Maßnahmenplan zur Reduzierung von Lebensmittelverlusten deutschlandweit Vorreiter. Dieser hat zum Ziel, für das Thema Lebensmittelverluste zu sensibilisieren und die Wertschätzung von Lebensmitteln zu fördern.
- Eine interministerielle Arbeitsgruppe begleitet die Umsetzung des Maßnahmenplans.
- Die Vermeidung von Lebensmittelverlusten ist Teil des Arbeitsprogrammes des Schwerpunktes „Nachhaltiger Konsum“ im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie BW.

2. Maßnahmenplan zur Reduzierung von Lebensmittelverlusten

Aktuell sind die Maßnahmen ausgerichtet auf Verbraucherinnen und Verbraucher, die Außer-Haus-Verpflegung sowie den Lebensmitteleinzelhandel.

a) Maßnahmen im Handlungsfeld Verbraucher:

- Vom 07. bis 13. Oktober 2019 fand – bundesweit vorbildlich und einmalig – die landesweite Aktionswoche zur Lebensmittelwertschätzung **„Lebensmittelretter – Neue Helden braucht das Land“** statt. Die neue Kampagne, die das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) ins Leben gerufen hat, wurde während der Aktionswoche in Kooperation mit dem Handelsverband Baden-Württemberg, Einzelhandelsvertretern sowie der DHBW Heilbronn durchgeführt.
- **Bildungsangebote und Materialien, bereitgestellt durch die Landwirtschaftsämter, Ernährungszentren sowie die Verbraucherzentrale BW.** Im Mittelpunkt steht die Vermittlung von Fähigkeiten und Förderung der Wertschätzung sowie eines bewussteren Umgangs mit Lebensmitteln.
- Weitere Informationsangebote sind die Broschüre **„Gut zu wissen - Nachhaltiger Umgang mit Lebensmitteln“**, entstanden in einer Kooperation von MLR und Umweltministerium oder praxisbezogene Tipps zu nachhaltiger Ernährung und Vermeidung von Lebensmittelverlusten auf **der Internetseite des Landesentrums für Ernährung Baden-Württemberg.**

b) Maßnahmen im Handlungsfeld der Außer-Haus-Verpflegung:

- Verankerung der Thematik in den Modellprojekten des Ministeriums zur Außer-Haus-Verpflegung: Die Thematik ist wesentlicher Bestandteil des Coachings in den Projekten. So in den Modellprojekten „Schulverpflegung 2018“, „Gutes Essen in der Reha“ und „Gutes Essen in Landeskantinen“. Die teilnehmenden Landeskantinen werden individuell von der Initiative United Against Waste e.V. beraten.
- Umweltfreundliche Resteboxen zur Mitnahme von Speiseresten aus Restaurants fördern den bewussteren Umgang mit Lebensmittelresten und verbessern das Image einer Restemithnahme. Konkret wird dies durch die vom Ministerium für Ländlichen Raum

und Verbraucherschutz aufgesetzte „Für Daheim-Box“, welche über den DeHoGa und die „Schmeck den Süden-Gastronomen“ Gästen in der Gastronomie zur Verfügung gestellt wird.

c) Maßnahmen im Handlungsfeld des Lebensmitteleinzelhandels

- Der **Runde Tisch mit dem Lebensmitteleinzelhandel** zur Vermeidung von Lebensmittelverlusten wurde im Mai 2017 einberufen und tagte bislang fünfmal.
- **Kooperation mit dem Landesverband der Tafeln in Baden-Württemberg e.V.:** Die Landesregierung ist mit Vertretern der Tafel im Austausch. Themen, welche mit den Tafeln gemeinsam erörtert werden, sind Abgabemechanismen und Kooperationen zwischen dem Lebensmitteleinzelhandel und den Tafeln.

3. Ausblick

- Die Handlungsfelder des Maßnahmenplans werden auf die gesamte Wertschöpfungskette ausgeweitet und sollen schließlich die gesamte Wertschöpfungskette vom Erzeuger bis zum Privathaushalt abdecken.
- Baden-Württemberg setzt weitere Impulse, z. B. im Bereich der Digitalisierung und Absatzprognosesysteme, und positioniert sich als Vorreiter hin zu mehr Lebensmittelwertschätzung und zu weniger Lebensmittelverlusten.

Erklärung

„Gemeinsam gegen Lebensmittelverschwendung“

Ein Drittel aller Lebensmittel, die weltweit produziert werden, landen jährlich auf dem Müll. Dies ist nicht nur ökonomisch und mit Blick auf die endlichen Ressourcen der Erde eine dramatische Zahl. Auch moralisch haben wir die

Verpflichtung, mit Lebensmitteln achtsam umzugehen und sie wertzuschätzen. Die Vereinten Nationen haben in den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 daher festgeschrieben, die Menge an Lebensmittelabfall zu halbieren. Dieses Ziel zu erreichen, erfordert eine nachhaltige Entwicklung, die in den Kommunen beginnt und an Ländergrenzen nicht aufhört. Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich gibt es eine breite öffentliche Wahrnehmung für die Bedeutung dieser Thematik.

Die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und die Wertschätzung von Lebensmitteln als „Mittel zum Leben“ sind zwei Seiten einer Medaille. Viele Initiativen aus Bürgerschaft, Ehrenamt, Landwirtschaft, Gastronomie, Handel, Verwaltung und Politik engagieren sich bereits heute für diese Ziele. Dieses Engagement findet vor allem vor Ort, in den Kommunen statt.

Die unterzeichnenden Kommunen, das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg und das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz setzen sich dafür ein, bestehende Maßnahmen und Initiativen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung zu stärken, diese miteinander zu vernetzen und ihre Wahrnehmung in der kommunalen Öffentlichkeit zu erhöhen. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet in kommunalen Partnerschaften im Rahmen der deutsch-französischen Freundschaft gestärkt werden. Im Rahmen individueller Projekte können kommunen-spezifische Maßnahmen erarbeitet werden. Diese zielen beispielsweise darauf ab, für das Thema Lebensmittelverschwendung zu sensibilisieren und von den jeweiligen Erfahrungen und Ansätzen der Partnerstädte zu lernen. Wir werden dies gemeinsam mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben und weitere Kommunen motivieren, in einen Dialog zu gemeinsamen Maßnahmen gegen

Lebensmittelverschwendung einzusteigen.

Stuttgart, den 2. Oktober 2020

Impuls 2: „Partnerschaften und Kooperationen der Forstverwaltung mit Frankreich“

Martin Rüter, Kreisforstamtsleiter, Landratsamt Heilbronn

Zusammenarbeit mit der staatlichen Forstverwaltung in Frankreich, Waldbau mit Eiche

Im Jahr 2013 wurde durch den damaligen Leiter des Kreisforstamtes Heilbronn, Karlheinz Lieber (heute: Umweltministerium), der über die „Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft/ANW“ über europaweite Kontakte zu waldbaulich besonders interessierten Kollegen verfügte, eine Zusammenarbeit mit den französischen Kollegen der ONF (Office National des Forêts), Bezirksdirektion Alsace, initiiert, zum Thema „Waldbau mit der Eiche“.

Frankreich hat ein ähnlich hohes Bewaldungsprozent (30 %) wie Deutschland (32 %; Baden-Württemberg: 38 %) und 16 Mio Hektar Waldfläche, die Eiche (Traubeneiche und Stieleiche) hat daran mit 28 % einen sehr hohen Anteil (Deutschland: 11 %). Entsprechend umfangreich sind die Erfahrungen der französischen Kollegen, insbesondere mit der Begründung und Pflege von Eichen aus Naturverjüngung oder Pflanzung/Kultur. Vor allem die Traubeneiche gilt als klimastabile Baumart, die mit wärmerem, trockenerem Klima besser zurechtkommt als z.B. die Buche. Deshalb soll ihr Anteil überall erhöht werden. Mit Marc-Etienne Wilhelm, der als Waldbau-Trainer oder „animateur de silviculture“ in der ONF arbeitet, fanden wir einen charismatischen Lehrer und sehr erfahrenen Kollegen, dessen Wissen um die Behandlung der Eiche enzyklopädisch ist und der uns viele Impulse für unsere Praxis vermittelte. Bei einer dreitägigen Exkursion im Juli

2013 lernten wir, wie man auch ohne größere, flächige Eingriffe die lichtbedürftigen Eichen aus Naturverjüngung (Eichel-Mast) gegenüber der schnellwüchsigen Konkurrenz (meist Hainbuche, Buche, Ahorn, Esche etc.) durchbringen kann. Das händische Knicken der Gipfel der konkurrierenden Bäumchen in einem größeren Raster von rund 4 Metern war für uns völlig neu, wird aber seitdem in vielen hiesigen Revieren mit Erfolg praktiziert. Auch in kleinen Lichtschächten kann die Eiche erwachsen, es müssen nicht die traditionellen Großschirmschläge im Jahr der Mast sein.

Mit zwei französischen Kollegen führte uns Marc-Etienne Wilhelm zu vielen Waldbildern im „Kreuzwald“ bei Saverne, im Hagenauer Forst und anderen Wäldern des Elsass. Der kameradschaftliche Austausch in gemütlicher abendlicher Runde kam nicht zu kurz, da zum Glück alle französischen Kollegen auch gut deutsch sprachen.

Im Oktober luden wir dann zu einem zweitägigen Gegenbesuch und zeigten den Kollegen von der ONF unsere waldbaulichen Erfahrungen mit der Eiche in den Kommunalwäldern Bad Rappenau, Eppingen, Beilstein, Untergruppenbach, Obersulm und im Staatswald bei Güglingen. Dabei erfuhren wir, dass es im Elsass offenbar noch größere Probleme mit Rehwildverbiss an den begehrten Eichen-Knospen wegen zu gering regulierter Wildbestände gibt als hier. Der fachliche Austausch war sehr fruchtbar und anregend und führte bei uns zu vielen neuen Initiativen zur natürlichen Eichenverjüngung.

Das MLR (Ministerium für den Ländlichen Raum/Landesforstverwaltung) und die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Freiburg, FVA, haben inzwischen, auch angeregt durch unsere guten Erfahrungen, in das landesweite forstfachliche jährliche Fortbildungsprogramm eine zweitägige deutsch-französische Waldbau-Exkursion zur Eiche eingebracht, die seit Jahren gut nachgefragt und besucht wird, dabei werden regelmäßig auch unsere Wälder in Bad Rappenau und Obersulm besucht und unsere Vorgehensweise vor Ort erläutert. Im laufenden Jahr musste diese Exkursion Corona-bedingt leider ausfallen.

Meine Empfehlungen:

- Sprache lernen, unser wichtigster Nachbar freut sich, wenn nicht nur Englisch gesprochen wird.
- Fachliche Erfahrungen auf hohem Niveau kann man auch im befreundeten Ausland erleben, nicht nur im „Mutterland der forstlichen Nachhaltigkeit“ Deutschland. Austausch und Zusammenarbeit suchen, auch hinsichtlich der klimabedingten Zukunftsprobleme.

Impuls 3: „Ein Weiteres darf es für die Arbeit der Partnerschaftsvereine nicht geben!“

Dr. Karlheinz Koniczek, 2. Vorsitzender des Partnerschaftsvereins Untergruppenbach

Partnerstadt Untergruppenbach: Chazelles sur Lyon (Departement Lorie, Zentralfrankreich)

Die Gemeindepartnerschaft zwischen Untergruppenbach und Chazelles sur Lyon wurde nach einigen Jahren der Vorbereitung 1988 offiziell begründet und 2006 durch ein „Dreierbündnis“ um Jerago con Orago in der Lombardei erweitert.

Von Anfang an war der Partnerschaftsverein e.V. (PV) Träger der Aktivitäten, immer unterstützt von den jeweiligen Bürgermeistern, die in dem Verein auch eine Institution sahen und sehen, die Teilaufgaben der Gemeinde übernimmt. Der PV war übrigens der erste Verein in der Gemeinde, der in beiden Ortsteilen (Untergruppenbach und Unterheinriet) vertreten war.

Die primäre Intention in Frankreich und Deutschland war das gegenseitige Kennen- und Verstehenlernen. Die Initiatoren gehörten überwiegend den Jahrgängen 1930-1960 an, also einer Generation, die direkt oder indirekt durch den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit geprägt war und ist. In Bezug auf Völkerverständigung und gemeinsames

Europa verband uns eine oft idealistische und optimistische Weltsicht.

Entsprechend waren die Aktivitäten im Wesentlichen auf die Schaffung persönlicher Kontakte ausgerichtet, im Rahmen der mindestens jährlichen Besuche in einer der Partnergemeinden auch auf das Kennenlernen von Land und Kultur. Ersteres ist insoweit sicher gelungen, als es jeweils ca. 20 Familien mit festen Kontakten gibt, die auch außerhalb der offiziellen Besuchsreisen gepflegt werden. Ich halte das für durchaus bemerkenswert angesichts der Sprachbarriere, denn zur Unterhaltung und zum Gedankenaustausch ausreichende Deutschkenntnisse sind bei den Chazellois rar, entsprechende Französischkenntnisse bei den Untergruppenbachern etwas verbreiteter, aber auch nicht häufig. Freundschaftliche Beziehungen unter solchen Voraussetzungen sind in meinen Augen umso höher einzuschätzen.

Kontakte auf der Ebene anderer örtlicher Vereine sind und waren eher sporadisch, blieben oft auch nicht dauerhaft. Ausnahme stellen die Beziehungen zwischen dem Musikverein Unterheinriet und dem Corpo musicale St. Cecilia in Jerago sowie zuletzt zwischen den Jugendabteilungen der Fußballvereine dar. Hier muss man konstatieren, dass diese Entwicklungen meist sehr abhängig sind vom persönlichen Interesse des Vorsitzenden oder der Vorstandschaft. Dasselbe gilt für schulische Aktivitäten wie Schüleraustausch, der zuletzt vor Corona ganz gut lief.

Bemerkenswerte sportliche Ereignisse waren ein Staffellauf der Chazellois und zwei Fahrten von Radgruppen zwischen den Partnerstädten.

Von Seiten der politischen Gemeinde haben wir in unseren Bemühungen immer Unterstützung erfahren; alle Bürgermeister haben die Partnergemeinden mehrfach besucht, und das nicht immer nur zu offiziellen Anlässen. Viele Mitglieder des Gemeinderates waren da deutlich zurückhaltender: in offizieller Mission waren es gerade einmal zwei Räte, die an den gemeinsamen Reisen teilgenommen haben, privat in den über 30 Jahren sicher keine zehn. In Frankreich sind einige Gemeinderäte Mitglied des Partnerschaftskomitees, teils auch qua Amt. Letzteres führt bei politischen Wechseln gelegentlich zu Irritationen.

Trotz der Präsenz der Partnerschaftsinstitutionen in Presse und Mitteilungsblättern und Straßenschildern mit den Wappen der Partnergemeinden, wird man während lokaler Feste immer wieder mal erstaunt angesprochen: „Was, wir haben eine Partnerschaft?“. Dies leitet über zu der Frage, wie solche Gemeindepартnerschaften in Zukunft gelebt und mit welchen Inhalten sie gefüllt werden sollen.

Der europäische Gedanke ist im Wandel. Die in jedem Fall notwendigen Institutionen haben kein besonders gutes Image, werden als bürokratische Monster gesehen und in ihrer demokratischen Legitimation häufig gerade von einer Seite angegriffen, die mit parlamentarischer Demokratie und Pluralismus nicht so viel im Sinn hat. Wir dürfen auch nicht übersehen, dass diese Gruppen sich nationalistisch, ja z.T. chauvinistisch geben und politische Agitation mit nationalen Ressentiments treiben, aber international untereinander ganz gut vernetzt sind.

Ein „Weiterso“ darf es weder in der „großen“ Politik geben noch bleiben die Partnerschaften dadurch lebendig. Deren vordringlichste Aufgaben und Möglichkeiten in den nächsten Jahren sind in meinen Augen die folgenden:

1. Verjüngung der die Partnerschaften tragenden Teams und Einbringen von deren Zukunftsvorstellungen und Ideen. Z.B. werden dabei wahrscheinlich ökologische Fragestellungen eine sehr große Rolle spielen. Hier gibt es viele Gemeinsamkeiten, lokal bewährte Lösungen, die sich durchaus – manchmal vielleicht etwas angepasst – übertragen lassen.

Dabei muss sich die nachfolgende Generation auch bewusstmachen, was sie in der Entstehung kaum oder nicht mehr miterlebt hat, was von sehr vielen als selbstverständlich gesehen wird: die längste Friedensperiode, die Mitteleuropa je erlebt hat, der Fall der Grenzen bzw. Grenzkontrollen, die gemeinsame Währung.

2. Einbeziehung der in Frankreich wie in Deutschland in großer Zahl vorhandenen Menschen mit Migrationshintergrund, um auch auf diesem Weg zur Annäherung der entstehenden bzw.

existierenden Parallelgesellschaften beizutragen. Das erfordert von der Mehrheitsgesellschaft vor allem Reflexion über nicht immer nur latent vorhandene rassistische Tendenzen. Wenn der Ausgleich und das gegenseitige Verständnis zwischen sogenannten „Erbfeinden“ möglich waren, muss dies auch in diesem Kontext möglich sein.

3. Gemeinsame Anstrengungen zur Erhaltung einer demokratischen Ordnung, die bedroht ist wie schon lange nicht mehr. Hier wurde in der jüngeren Vergangenheit viel versäumt, und die ständige Erweiterung der EU unter vornehmlich wirtschaftlichen Prämissen ohne die Festschreibung grundlegender freiheitlicher Prinzipien stellt sich als Konstruktionsfehler mit großer Gefährdung der Stabilität heraus. Dies muss auch eine Stärkung der Rechte des europäischen Parlaments gegenüber Kommission und Ministerrat beinhalten.

Städte- und Gemeindepартnerschaften sind keine Auslaufmodelle, sondern sie können Keimzellen einer neuen Entwicklung sein; und der deutsch-französische Beziehung kommt wie schon öfter in der neueren europäischen Geschichte dabei besondere Bedeutung zu, ohne dass damit die anderen europäischen Nationen dominiert oder vernachlässigt werden.

Impuls 4: „Partnerschaftsarbeit als bürgerschaftliche Friedensarbeit“

Bettina Keßler, Kulturmanagerin, Amtsleiterin des Lauffener Bürgerbüros

Partnerstadt Lauffen am Neckar: La Ferté-Bernard (nordwestlich von Paris)

In Lauffen a.N. wird die seit mittlerweile 46 Jahren bestehende Städtepartnerschaft nicht nur auf der persönlichen Ebene mit Besuchsfahrten,

Schüleraustausch oder langjährigen Freundschaften gepflegt – so wichtig und entscheidend diese zweifellos sind. Gerade in den letzten Jahren ist immer stärker auch die gesellschafts- und friedenspolitische Dimensionen in den Blick gerückt. Partnerschaftsarbeit wurde zunehmend auch als bürgerschaftliche Friedensarbeit verstanden.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck eines sich verschärfenden Tons zwischen den Ländern: Donald Trump setzte Anfang 2018 seit einem Jahr seine „America First“-Politik ohne Rücksicht auf Verluste in die Tat um, die Weltbühne wurde beherrscht von Putin, Kim Jong-un und Erdogan, Europas Top-Thema war der Brexit. Der Frieden – dessen wir uns in Europa in den vergangenen Jahrzehnten so sicher waren – schien den Menschen, auch im württembergischen Lauffen, plötzlich sehr zerbrechlich.

„Best Practice“-Beispiele aus den letzten Jahren

[Ergänzung:

2015:

In diesem Jahr haben wir in Lauffen das **40jährige Jubiläum der Städtepartnerschaft** mit La Ferté-Bernard gefeiert. Dabei war es uns wichtig, dies nicht nur mit den üblichen Feierlichkeiten zu tun. Bewusst haben wir Lauffener dem Fest eine hochkarätig besetzte gesellschafts-politische **Podiumsdiskussion** an die Seite gestellt. Sie wurde moderiert vom damaligen Lokalchef der Stuttgarter Zeitung, Holger Gayer. Thema war „Städtepartnerschaften – Zukunftsprojekt oder Auslaufmodell.“ Teilnehmer der Diskussion waren unter anderem Werner Spec, damals Oberbürgermeister von Ludwigsburg und stellvertretender Vorsitzender des deutsch-französischen Instituts sowie Rainer Wieland, stellvertretender EU-Parlamentspräsident und – natürlich – Präsident der Europa-Union Deutschland.]

2017: Das Jahr vor „100 Jahre Armistice – 100 Jahre Ende Erster Weltkrieg“

Die nächste größere Aktion folgte 2017: Das Jubiläumsjahr 2018 warf schon seine Schatten voraus, so dass von einem Historiker aus dem Partnerschaftskomitee der Vorschlag kam, sich bereits im Vorfeld mit dem Ersten Weltkrieg auseinander zu setzen. Schnell war klar, dass ein Besuch in Verdun dafür geeignet sein könnte.

Nach intensiven Vorbereitungen trafen sich vom 7. bis zum 9. April 2017 Delegationen der beiden verbrüderten Städte in Verdun, um auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs zu spüren, wie tief die Wurzeln der Freundschaft inzwischen gründen.

Am Beinhaus von Douaumont gedachten Mitglieder beider Partnerschaftskomitees der Opfer. Dieser Ort steht wie kaum ein anderer für den Schrecken des Krieges und die Versöhnung gleichzeitig. Die Gebeine unzähliger unbekannter Soldaten sind in dem Mahnmal begraben und erinnern an die Gräueltaten des Krieges. Doch 1984 trafen sich auch genau dort Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand, um Hand in Hand zu erklären: „Wir haben uns versöhnt, wir sind Freunde geworden.“

Für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer war dieses Treffen in Verdun zutiefst beeindruckend. Wir sind mit den französischen Freunden vor unzähligen weißen Kreuzen gestanden, haben die Namen junger Männer gelesen – gefallen mit 17, 18, 19 Jahren – deren Leben einfach nicht gelebt wurde – eine ganze verlorene Generation!

Wir liefen durch ein Waldstück, das einmal ein ganzes Dorf war, der Ort Fleury: niedergebombt zerstört bis fast zum letzten Erdkrümel.

Die Reise hat das Denken und Handeln aller Teilnehmer seither stark beeinflusst.

2018:

Dies prägte auch das eigentliche Gedenkjahr 2018. Wie eingangs erwähnt, stellten wir in Lauffen a.N. das kulturelle Leben unter das

Motto „Dem Frieden Raum geben.“

Juli:

Für den Gospelchor der Evangelischen Kirchengemeinde war dies Grund genug, ein Konzertprogramm unter dem Titel „Give peace a chance“ auf die Beine zu stellen.

Das Lauffener Partnerschaftskomitee und die Stadtverwaltung nahmen dies wiederum zum Anlass, eine Einladung zu dem Friedenskonzert an die Partnerstadt auszusprechen. Und so kam auch eine große Delegation aus La Ferté im Juli 2018 zu einem Besuch nach Lauffen.

Neben dem eigentlichen Konzert gab es auch noch einen zweisprachigen Erntebitt-Gottesdienst mit Kirchencafé bewirkt durch die Landfrauen; integriert war aber etwa auch der Besuch einer Ausstellung im städtischen Museum.

Es gab also zahlreiche Kooperation mit Institutionen und Angeboten vor Ort, die eine doppelt positive Wirkung erzielten:

- Zum einen erleichtert es die ehrenamtliche Arbeit der Mitglieder im Partnerschaftskomitee, wenn man bestehende Angebote vor Ort einbindet und zielgerichtet nutzt.
- Zum anderen erreicht man damit eine größere Ausstrahlung der Partnerschaftsaktivitäten in engagierte Bevölkerungsteile hinein.

November:

Doch das war noch nicht das Ende der Geschichte.

Auf Initiative des Lauffener Bürgermeisters erhielt der Gospelchor im November 2018 am Gedenkwochenende die Möglichkeit, das Friedenskonzert noch einmal vor Ort in La Ferté-Bernard aufzuführen.

Die Gagen für die sie begleitende Profiband übernahm die Stadt Lauffen als Geschenk an die Einwohner der Partnerstadt. Den wunderbaren Konzertsaal und die Technik stellte die Stadt La Ferté-Bernard zur Verfügung. So konnten rund 200 Besucherinnen und Besucher bei freiem

Eintritt das Friedenskonzert nochmals live in Frankreich erleben. Ein tolles Erlebnis für Chormitglieder und Besucher!

Für die Stadt und das Partnerschaftskomitee war die Aktion auch deshalb so positiv, weil man tatsächlich eine Gruppe Menschen in die Partnerstadt brachte, die sonst nie dorthin gekommen wären.

Viele Mitreisende stellten auch fest, dass die befürchtete Sprachbarriere gar keine war – die Herzlichkeit der Gastgeber überwindet so vieles.

2019:

Juli:

Die Bürgermeister der beiden Partnerstädte La Ferté-Bernards wurden am Gedenktag des Waffenstillstands gebeten, bei der offiziellen Feierstunde zu sprechen. Der Lauffener Bürgermeister hielt eine berührende, europapolitisch geprägte Rede, die noch stark unter den Eindrücken der Erlebnisse von Verdun stand.

Er versprach in dieser Rede, dass er fortan mit Lauffener Schülern zu den Schlachtfeldern fahren werde, um ihnen vor Augen zu führen, dass wir Europa brauchen, um unseren Frieden zu sichern. Und ihnen die Alternative plastisch vor Augen zu führen.

Ein Mann, ein Wort. Klaus-Peter Waldenberger hat sein Versprechen 2019 direkt eingelöst. Mit 15 Schülerinnen und Schülern der 9. Klasse der Hölderlinrealschule besuchte er im Juli die Schlachtfelder von Verdun. Auch für dieses Jahr war eigentlich wieder eine Fahrt eingeplant – wie bei so vielem hat auch hier Corona einen Strich durch die Rechnung gemacht.

[Ergänzung:

März – April: Ausstellung „Mannheim - Izieu - Auschwitz“

Im Frühjahr 2019 wurde auf Initiative der Stadt im Lauffener Museum die Ausstellung „Mannheim – Izieu – Auschwitz“ gezeigt. Die Ausstellung wurde in deutsch-

französischer Zusammenarbeit entwickelt und thematisiert die Ermordung von 44 jüdischen Kindern in Auschwitz.

Diese zweisprachige Ausstellung wurde von der Landeszentrale für politische Bildung finanziert und kann dort kostenlos ausgeliehen werden. Auch in Frankreich steht ein Exemplar der Ausstellung zur Verfügung und kann für französische Ausstellungsorte ausgeliehen werden.

Wir sehen solche Ausstellungen als kostengünstige Möglichkeit, zusätzliche Interessens- und Personenkreise anzusprechen und damit über die reine Städtepartnerschaft hinaus in die Breite zu wirken. Wir können das weiterempfehlen.]

Was hat nicht so gut funktioniert?

[Nicht funktioniert hat, dass die Ausstellung auch in Frankreich gezeigt wurde, obwohl wir das in der Partnerstadt angeregt hatten. Dort fand sie wohl keine Lobby.]

Als schwierig haben sich zudem Besuche ohne besonderen Anlass, ohne gemeinsames Programm herausgestellt; nur einen Bus zu organisieren – wie es bei uns von französischer Seite versucht wurde – hatte nicht den gewünschten Erfolg

Finanzierung der Lauffener Partnerschaftsarbeit:

- Kommunale Mittel
- Jährlicher Zuschuss der Stadt in Höhe von 2000 € (aus dem etwa der Schüleraustausch bezuschusst wird)
- Allerdings: Für besondere Projekte gab es immer gesonderte Budgets von der Stadt (etwa für das Konzert, für Jubiläumsfeierlichkeiten)
- Eigene Mittel erwirtschaftet das Partnerschaftskomitee in Lauffen aus der Teilnahme am Stadtfest und aus Bewirtungen, wo man sich zusätzlich als Organisation präsentiert.

- Nicht funktioniert hat ein Antrag für die Verdun-Fahrt: hier hat das Partnerschaftskomitee versucht, Gelder aus dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EACEA) zu erhalten. Bereits die Antragstellung war schon sehr umfangreich, komplex und langwierig – und dann auch noch letztlich erfolglos.

[Dies wurde nicht mehr explizit angesprochen:

„Welchen Impuls geben Sie uns für unsere weitere Arbeit mit auf den Weg, um die europäische Bürgerschaft zusammenzubringen?“

- *Der Wunsch unserer Aktiven wäre folgender: Da die Arbeit in Städtepartnerschaften doch überwiegend ehrenamtlich geleistet wird, sollten nicht so hohe Hürden für den Erhalt von EU-Geldern aufgebaut werden. Dies macht es für Ehrenamtliche sehr schwer, ihre wichtige Friedensarbeit zu verwirklichen. Und ob – coronabedingt – die Kommunen in den nächsten Jahren noch die Mittel aufbringen wie bisher, ist sehr fraglich.*
- *Kritisch sehen wir auch, dass zunehmend nur noch Gelder für multilaterale europäische Projekte gefördert werden. Das bedauern wir sehr.*

Auch die deutsch-französische Freundschaft ist kein Selbstläufer. [- was wir, unter anderem, an seit Jahren sinkenden Schülerzahlen sehen, die noch die Fremdsprache Deutsch lernen wollen.]

- *Ansonsten haben wir sehr gute Erfahrungen damit gemacht, bestehende Netzwerke vor Ort zu nutzen (Landfrauen, Chöre, Orchester, Museen/Ausstellungen). Dies wirkt sich unserer Erfahrung nach in doppelter Hinsicht positiv aus. Wir können das weiterempfehlen.*

Und:

- *Die Jugend in die europäische Friedensarbeit frühzeitig einzu beziehen – nicht nur über Schüleraustausche - halten wir für entscheidend.]*

Impuls 5: „Welchen Beitrag können Feuerwehren leisten, um den Austausch mit unseren französischen Nachbarn zu fördern?“

Bernd Kircher, Feuerwehrkommandant, Freiwillige Feuerwehr Beilstein

Herr Kircher erläutert, dass die Feuerwehren überall mit Wasser löschen, nur das „wie“ ist anders. Er nimmt Bezug auf den 2. Impuls von Herrn Rüter bezüglich des Vorhaltens von Wasserbecken z.B. im Wald. Diese Vorgehensweise hält er für wenig zielführend, die Feuerwehr bringt lieber ihr eigenes Wasser mit.

Die Feuerwehr hat gute Kontakte ins Elsass, auch nach Straßburg. Ein Beilsteiner Feuerwehrabordnung besucht ein Seminar in Hagnau zum Thema „Waldbrand-Vegetationsbrand“ und die französischen Kollegen wurden zu einem Gegenbesuch eingeladen, um technische Einsätze anzusehen.

Die Kontakte nach Frankreich werden gepflegt, Sprachbarrieren sind dabei natürlich zu überwinden, aber der fachliche Austausch funktioniert. Zukünftig wird es immer wichtiger aus den Erfahrungen der Kollegen bei den südfranzösischen Waldbränden zu lernen.

Fazit aus Impuls 1 bis 5

- Europäische Bürgerbegegnungen sind aktive Friedensarbeit
- Austauschprogramme in allen wirtschaftlichen & gesellschaftlichen Felder Bereichen fördern, vor allem aber im Schüleraustausch
- Sprachbarrieren überwinden
- Bürokratische Hemmschwellen verringern

Ergänzende Bemerkungen von Wolfgang Wettach

Rüter – Waldschutz in der CAP (Gemeinsamen Landwirtschaftspolitik)?

In der 2. Säule der EU Agrarförderung (die wir gerne zur einzigen machen würden) ist Waldschutz in der Fortwirtschaft stark vertreten, das gilt auch für das Landesprogramm der EU-Gelder im Ministerium Hauk-Bonde-Hauk durchgehend.

Brandschutz und Wald

Tatsächlich rechnen wir hier beim Schönbuch, dem größten zusammenhängenden Waldgebiet in Süddeutschland, wo jetzt schon Waldbrand viel häufiger ist als Hausbrand mit zunehmenden Waldbrand-Ereignissen (Sitze ja hier bei der Forstdirektion Bebenhausen).

Kircher - Beitrag der Feuerwehren

Nachtrag zum Wald: Meine Einschätzung als ehemaliger Feuerwehrmann im Naturpark Schönbuch ist allerdings für Waldbrand dass viele Waldwege für schwere Wasserführende Fahrzeuge nicht taugen.

Grundsätzlich haben Feuerwehrpartnerschaften mit Osteuropa auch eine gute Tradition, wo hier ersetzte Feuerwehrfahrzeuge in Mittel- und Osteuropa eine gute Zweitverwendung finden können, das geschah hier auch schon von der Feuerwehr Tübingen aus mit der osteuropäischen Partnerstadt.

II. Europa als Projekt – was heißt das für die Europäer von heute?

(Moderation und Berichterstattung: Prof. Dr. Walther Heipertz)

Ankündigungstext

Unter diesem Titel soll versucht werden, Art, Verbreitung und Tiefe von wesentlichen Erwartungen, Nichterwartungen, Vorurteilen, Rezeptionen, Hoffnungen, Uninteressiertheiten, Ablehnungen usw. bzgl. der europäischen Präsenz oder Abstinenz in weltpolitischen, europäischen oder nationalen Fragen zu beschreiben, wenn möglich zu begründen und über die Konsequenzen dessen für die Zukunft – insbesondere im Hinblick auf die Abwegigkeit oder Angemessenheit europäischer ‚Träume‘ und ‚Ziele‘ begeisterter ‚Experten‘ oder ‚Realpolitikern‘ – nachzudenken.

Einleitung

Der Moderator schlug vor, nicht gleich ins Thema einzusteigen, sondern sich die Implikationen der Themenstellung selbst vor Augen zu führen.

Der Thema sei maximal offen und fokussiere – für diesen Gesprächskreis kennzeichnend – auf eine Art „Introspektion“ bzw. den Versuch einer Sondierung der „idealtypischen inneren Verfassung“ des Menschen, der und soweit er eben in und mit „Europa“ lebt. Es gehe um die diesbezüglichen Einsichten, Hoffnungen, Enttäuschungen, Ablehnungen,

aber auch die vielleicht ganz „sprachlose“, desinteressierte subjektive Unbetroffenheit davon.

Unser Interesse scheint selbstverständlich, dennoch lohne sich die Frage, wozu man das eigentlich wissen will? Das Thema laute ja nicht, wie wir, sondern wie unsere „Mit-Europäer“ Europa sehen, damit auch sich selbst als Europäer.

Zunächst sei klar und geradezu banal, dass – wenn doch in westlichen Gesellschaften, mit zeitlichem Versatz, im Wesentlichen das an Gutem und Schlechtem passiere, was in den Köpfen der Mehrheit dominiert – dieser „Durchschnittseuropäer“ eine „wesentliche Rahmenbedingung“ unseres Engagements ist, also von großem Interesse. „Meinungsforschung“ könne man natürlich machen, um Ideen besser zu „verkaufen“ und etwa Posten zu erheischen oder um – mit ehrenwerterer Motivation – zu kennen, was man verändern möchte, wofür man dann eben auch die Ansatzpunkte braucht, z.B. Gründe für vorherrschende, aber kontraproduktiv erscheinende Meinungen.

Dies sei dann aber eine – sich sehr instrumentalistisch gebende – Zweckbestimmung, bei der unser Wunsch nach Klärung und Orientierung, damit auch unsere Fragilität in einem komplexen und von Rückschlägen nicht freien, europäischen Prozess, zu Gunsten einer unbeirrten, strategischen Planungsattitüde verlorengelange. Das würde auch daran vorbeigehen, dass wir uns in Wirklichkeit unserer selbst ja gar nicht – oder gar nicht mehr – so sicher seien, als wollten wir etwa nur mal wieder noch genauer in Erfahrung bringen, wie wir alles noch besser machen können, in einer Art Strategieseminar vielleicht.

Es springe eigentlich ins Auge, dass dies unser „Sehnsuchtssthema“ sei. Wir wollen – am liebsten ein für alle Mal – verstehen, warum und inwiefern das „Projekt Europa“ leider immer noch mehr Projekt als Wirklichkeit ist, warum es nicht so gesehen wird, wie wir es sehen, nämlich „an sich“ erfolgreich. Mit dieser Optik wäre Europa doch „automatisch“ in der Wirklichkeit – so meinen wir letztlich – eine herrliche Selbstverständlichkeit, mit Kraft nach innen und außen, wie ein „herkömmlicher“ Nationalstaat.

Unser Kreis heute säße somit – so unverdrossen wir uns „pfeifend im finst’ren Walde“ auch geben – eigentlich nur deshalb zusammen, weil wir als „tätige Europäer“ unglücklich sind. Wir fühlten uns eher nicht als Gruppe Gleichgesinnter, die sich mal wieder ein Wochenende Zeit nehmen für erhebende, schöne und nützliche Aktivitäten. Wir wüssten eigentlich nur, dass wir nicht verzweifeln wollen, obwohl wir innerlich im Morast des europäischen Prozesses gefühlt kaum mehr vorankommen. Wir brauchen ‚Stoff‘, der uns wieder antreibt („Saufen wäre auch eine Alternative!“).

Über die Themen, die man sich dabei dann doch stellt, müsse man aber – nicht nur in der Forschung, sondern auch als reiner „Stakeholder“, der nach neuen Strategien sucht – zunächst ‚neutral‘ reden, was umso leichter gelingt, je ‚spröder‘ das Thema daherkommt, etwa so: „In welchem kategorialen Verhältnis stehen denn die nationale und die europäische Rechtsprechung?“. Soziologische Feldstudien zur „Haltung der Menschen in Europa zum politischen Gebilde der Europäische Union“ könne und müsse man ggf. genauso „objektiv“ aufziehen, wobei hier bereits die Fragwürdigkeit des wissenschaftlichen Objektivitätsbegriffs – angesichts eines, immer schon konstitutiv beteiligten, Beobachtungssubjekts – sichtbarer werde. Wenigstens das aber sei heute nicht auch unser „Erkenntnisproblem“, denn wir würden uns mit etwas auseinandersetzen wollen, was wir sowieso schon kennen!

Vorkenntnisse inhaltlicher oder methodischer Art seien deshalb ja auch – auch wenn sie helfen – nicht vorausgesetzt, nicht nur aus Liberalität nicht, sondern ganz dem Thema entsprechend. Es gehe nämlich um eine allseits präsenste ‚Entwicklungslinie‘ von und für Europa, nicht z.B. um ganz konkrete institutionelle oder sonstige Errungenschaften und Fakten. Es gehe um Inhalt, Art und Weise, wie die Projektion von Europa bereits komplett und für jedermann sichtbar in der Welt ist.

Darüber zu sprechen sei nicht vorrangig deshalb sinnvoll, weil wir so noch spezielle, sicher aber nicht diametral entgegengesetzte Zusatzverfahren anderer kennenlernen. Das passiere ja immer, sei aber auch nur eine wunderbare ‚Allerweltsformel‘. Wir aber wollten in Wirklich-

keit das uns – bzw. in „informierten Kreisen“ – bereits Bekannte ‚neu vermessen‘. Wir würden Wege zum Aufbrechen von Verkrustungen suchen, denn „Haltungen“, die man in diesem Zusammenhang zu erfassen und zu ergründen sucht, sind ja eigentlich ‚Krusten‘, sie existieren durch ‚Haltbarkeit‘ und stellen in diesem Kontext somit Borniertheiten des „real existierenden europäischen Menschen“ dar, identifizierbar vielleicht in Kombination schon mit den denkbaren Ansatzpunkten zu ihrer Auflösung.

Insofern ist dies in besonderem Maße eine „Selbsthilfegruppe“, um nicht nur Fakten ‚da draußen‘ zu diskutieren, sondern uns zu orientieren, wechselseitig zu helfen, zu verstehen und zu ermutigen, um nicht an der Haltbarkeit des ambitionslos verkrusteten, europäischen Selbstbewusstseins verzweifeln zu müssen.

Eine solche Veranstaltung – mit dem Charakteristikum einer nicht nur akzeptierten, sondern ausdrücklich so ‚gemeinten‘ Identität von Subjekt und Objekt – muss dennoch vorbereitet sein, denn persönliche Einstellungen etwa, die rein assoziativ geäußert würden, verlören regelhaft im Moment der Äußerung ihre dialogische Anknüpfungsfähigkeit bzw. könnten dann nur angenommen oder abgelehnt werden. Selbst Tatbestände nämlich, die ganz unstrittig sind, sind bei dem einen mit anderen Assoziationen ‚verlinkt‘ als beim anderen und können nicht ‚umbewertet‘ oder ‚hinterfragt‘ werden, solange man sich dem nicht von einem dritten Standpunkt aus ‚neu‘ nähert.

Dazu trägt häufig die vorausgehende gemeinsame Rezeption einer – nicht nur schlagwortartigen – fachkundigen Gesamtdarstellung bei, die durch das ‚Angebot‘ ausreichender Punkte für Andockung und Abgleich der eigenen Ideen eine vordialogische, ‚stille‘ Reflexion ermöglicht und auch die argumentative Reihenfolge nahelegt.

Geistige Haltungen zu allgemeinen Fragen, Gegebenheiten und Prozessen – worunter man den Kern unseres Themas ja subsumieren kann – könne man abstrakt quasi mechanisch definieren als die jeweilige Resultante aus der individuellen Geschichte einer Person und der beschreibbaren Geschichte der infrage stehenden Gegebenheit oder des infrage

stehenden Prozesses. Wollte man sich damit systematisch beschäftigen, scheidet dann natürlich die Berücksichtigung individueller, millionenfach differenter Biografien aus. Der Versuch zur verdurchschnittlichenden Betrachtung der Geschichte des „europäischen Individuums“ – separiert von der materialen Geschichte des Projekts selbst – bietet sich dann zwar logisch an, sei aber artifiziell. Spezielle bevölkerungsbezogene „Reaktionen“ nämlich – auf historische Veränderungen in Europa, etwa die Gründung von Institutionen, Vertragsänderungen und maßgebliche Verlautbarungen – würden ‚automatisch‘ von uns selbst, im Zuge unserer ‚ordnenden‘ Wiedervergegenwärtigung der Geschichte, integriert und ‚bei Bedarf‘ auch hervorgehoben werden. Auch dies würden wir gar nicht verpassen können, weil wir ja das reale Europa der Menschen „kennen“ – im Sinne eines konstitutiven Grundwissens, das ausreicht, nicht spezieller Fachkenntnisse natürlich!

Der Moderator schlug deshalb vor, dass er für die vorbeschriebene „Organisation“ dieser Wiedervergegenwärtigung Kernpunkte aus einer Veröffentlichung referiert, die er zu diesem Zweck ausgesucht hat, weil sie seines Erachtens die Darstellung der Entwicklung des politisch verfassten Europa ausdrücklich und gelungen mit den jeweils vorherrschenden Wahrnehmungen und Haltungen der Menschen in Europa über die Jahrzehnte verknüpft.

Dabei komme es zunächst gerade nicht darauf an, ob man das alles teilt. Ein rein rezeptiver und schneller Konsens annulliere ja vielmehr unmittelbar die nachfolgende Selbstverständigungsbemühung, stehe also dem ‚Zweck der Vorübung‘ komplett entgegen. Wichtig sei auch, dass in dieser Veröffentlichung vorrangig keine wirklich neuen oder unbekanntem ‚Tatsachen‘ exemplifiziert würden, deren ‚neue Inaugenscheinnahme‘ aber – weniger also deren ‚ergänzende Zurkenntnisnahme‘ – gerade deshalb uns Hilfstruppen Europas in ‚nebligem, aber bekanntem Gelände unerwartete Durchblicke‘ ermöglichen.

Die Teilnehmer stimmten dem vorgeschlagenen Verfahren zu, weshalb der Moderator auch empfahl, sich dieses – bereits vorliegende und im Forum platzierte – Exzerpt als Tischvorlage auf den Bildschirm zu

ziehen oder auszudrucken und an die Seite zu legen. Dies sei zwar nicht unabdingbar, könne aber die Schrittfolge der Meilensteine auch visuell plausibilisieren und die erwünschte Konzentration auf die zusätzlichen Essentials fördern, die nochmal thesenhaft die beschriebene Zielsetzung des nachfolgenden Vortrags und seiner Aufnahme festhalten.

Essentials der Rezeption

- Die Wirklichkeit des verfassten Europa im Bewusstsein des europäischen Menschen ist die unvermeidliche, ‚alles mitnehmende‘, kompilierende Realität all dessen, was gewesen ist, ohne Lücken!

Vorurteile, Hoffnungen, Frustrationen u.a. sind also Ergebnisse des persönlichen Abgleichs von Gegebenem und Gewünschtem und beides verdankt sich individuellen Weisen der Betrachtung, die – mehr oder weniger explizit, immer aber zumindest implizit – die bekannte und ‚erspürte‘, insgesamt somit immer ‚vollständige‘ Historie miteinbeziehen.

- Je entschiedener die ‚Exposition‘ der eigenen Einstellung beim Hören der Darstellung zu typischen Einstellungen anderer passiert, desto valider und ‚intern qualitätsgeprüfter‘ gelingt die Beurteilung letzterer.

Die eigene Sichtweise ist immer und unabdingbar als Vergleichsmatrix und Bewertungsquelle beim Konzipieren einer unterstellten Haltung des Durchschnittseuropäers involviert. Die erst nachgehende Fokussierung auf den ‚eigentlichen Gegenstand‘ ist methodisch sogar besser und verpasst auch gar nichts, denn wir kennen diese Haltungen, jetzt aber in neuer Weise ‚mal wieder‘ unsere eigene, mit ähnlicher Beobachtungsdistanz.

Tischvorlage

Exzerpiert wurden Teile eines Buches von **Kiran Klaus Patel**, Professor für europäische und globale Geschichte und Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Geschichte an der Universität Maastricht, mit dem Titel „**Projekt Europa - eine kritische Geschichte**“ (Beck Verlag, München, 2018).

1. Der Zweite Weltkrieg und seine Verwüstungen haben die Völker Europas nicht näher gebracht als vorher; es ging nur um „Nicht mehr Krieg“; dafür wurden auch einige streng umschriebene, supranationale Institutionen geschaffen, wie die „Montanunion“ (durchaus nicht das erste Mal in Europa!); von Anfang an gab es aber eine wechselnd große, idealisierende Begleitrhetorik (... mehr eines jeweils schon Erreichten als des erst Zuschaffenden!).
2. Dieses ideelle Europa bekam starken, „automatischen“ Auftrieb im Zuge der Blockbildung bzw. des Antikommunismus und auch als antihegemoniale Idee (angesichts des Scheiterns mit Diktaturen in West- und Zentraleuropa); die europäische Idee wuchs ‚unbesehen‘ unter dem Schuttschirm der NATO; Europa wurde zur idealistischen „Dritten Kraft“.
3. In der Phase dreißigjähriger Prosperität entwickelte sich ein ökonomisches Primat ohne härtere Verteilungskämpfe oder zwingend auszutragende Gegensätze, also eine „apolitische“, europäisch-ökonomische Erfolgsgeschichte; Zollunion und gemeinsamer Markt sowie koordinierte Politiken, speziell Agrarpolitik (mit erheblichen direkt sozialpolitischen Auswirkungen im Zuge der Transformation der Landwirtschaft), führten zur konkreten – dann sich auch politisch widerspiegelnden – Heraushebung der EWG, bzw. EG, bzw. EU, was angesichts früherer Konkurrenz sehr vieler Organisationen wie EFTA, Montanunion, Euratom, Europarat, OECD gar nicht vorhersehbar war (... und niemand so richtig merkte!).

4. Die europäische Zusammenarbeit war eine vornehmlich technokratische; Institutionen sind größer geworden und es gab immer mehr davon, in denen Beamte und Fachpolitiker im Bereich von Außen-, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Finanzpolitik usw. zusammenarbeiteten. Es kam zu einer „Entdramatisierung“ internationaler Zusammenarbeit in Europa. Dies verhinderte aber gerade nicht die Parallelität „draufdreschender Nationalismen“, bei immer aber hartnäckig fortgesetzter und sogar verstärkter Zusammenarbeit auf politisch technischer Ebene (Beispiel de Gaulle).
5. Nach Fall des „Eisernen Vorhangs“ war diese Stärke da und blieb; immer mehr Staaten waren in den folgenden Jahren dann – mit gleichzeitig immer mehr und immer gewichtigeren Aspekten nationaler und internationaler Politik – miteinander verbunden; immer häufiger gab es seither dann schon den einen oder anderen Sonderstatus eines Landes, das nicht mitziehen wollte oder konnte.

Diese Darstellung wurde zunächst – ohne weiteren Rückgriff auf den Originaltext, den der Moderator zur Hand hatte – zur Kenntnis genommen.

Da aber jede politische Gemeinschaft oder jedes politische Gebilde verstanden werden könne als eine zustimmungsabhängige Gesamtheit der Problemlöse- und Befähigungsinstrumente für die zugehörigen Menschen, schlug der Moderator für die nachfolgende Diskussion zusätzlich vor, „Wahlprüfsteine“ zu berücksichtigen, die ebenfalls am Ende des Vorbereitungstextes im Forum eingestellt sind.

Ergänzende „Wahlprüfsteine“

- Ist für das, was Europa für die Menschen darstellt, der Begriff der „Zersplitterung“ der angemessenste? Ist Europa gekennzeichnet von Unfähigkeit gegenüber den welthistorischen Herausforderun-

gen?

- Lassen nicht andererseits sehr große Themen in der Regel doch genug Zeit für das Aushandeln von Kompromissen zwischen tatsächlich differenten Interessen oder ist ein direktes Durchregieren tatsächlich so wichtig?
- Ist die gewachsene, ‚eigentliche‘ bzw. substantielle Gemeinsamkeit nicht auch in der Krise – zumindest ‚im letzten Moment‘ – wirksam (zum Beispiel Corona-Hilfsfond)?
- Ist das „Versagen“ vor großen Themen, z.B. die Flüchtlingskrise, tatsächlich so „europaspezifisch“ oder nur genauso schmerzhaft, wie es das Thema selbst ist: als systemischer Konflikt zwischen reichen und armen Ländern auf der Welt? Kriegen denn sehr große, „glorreiche“ Staaten oder sogar Autokratien in ihrer imposanten Einförmigkeit die Dinge tatsächlich eindeutig, schnell und besser hin? Haben sie nicht – andersartig vielleicht – dieselbe Zerrissenheit in sich selbst? Ist die große Geste nur ein Schein? Brauchen die Weltprobleme „Großmächte“?
- Kann andererseits eine Weltmacht (USA oder China) Europa in der gegenwärtigen Verfassung vielleicht doch „übernehmen“, oder sind die Gründe für unseren Zusammenhalt so stark, dass dies im Endeffekt nicht gelingen kann (Bedenke aber u.a.: „Unkonditionierte Finanzhilfen“ Chinas an ärmere europäischen Staaten in der Peripherie!).
- Attestiert sich Europa aus historischen Gründen eine „hohe Werteorientierung“, die es sich jahrzehntelang als unverbindliche Idee eines „harmlosen“ Gesamtgebildes selbst ‚anzüchten‘ konnte. Liefert es sich so aber heute dem Spott aller, auch seiner Bürger, aus, weil man weiß, dass das so gar nicht geht und Europa das deshalb auch immer seltener einlöst?

Diskussion

Zu Beginn war zunächst unwidersprochener Konsens der älteren und jüngeren Teilnehmer – wobei wir allerdings ja eine Selektion darstellen, also nicht den „Durchschnittseuropäer“ repräsentieren –, dass es ein vielfach starkes, weltweit auch nicht durchsetzungsunfähiges Europa bereits gibt, speziell im wirtschaftlichen Bereich. Dies „trage“ aber nicht ausreichend, wie auch die – inzwischen schon selbstverständliche – Überwindung nationalstaatlicher Grenzen, was die Menschen eben „eingepreist“ haben (Gemachter Einwurf: „Ja was denn auch sonst!“).

Das Festhalten, Hoffen und auch ‚Mehrwollen‘ an und für Europa sei insbesondere ein Thema der sich erinnernden Älteren, soweit sie sich nicht populistisch radikalieren. Die meisten Jüngeren würden entweder dem politisch-institutionellen europäischen Prozess nicht mehr vertrauen oder – wie etwa große Studien nahe legen – dennoch in hohem Maße politisch engagiert sein, sich dann aber auch anders organisieren, oft viel globalere Fortschritte suchen, also ebenfalls die Errungenschaften Europas – gerne, aber nicht ständig ‚dankbar‘ – wahrnehmen, angesichts der großen Schicksalsfragen aber dem Stärkerwerden eines sichtbaren Europa im herkömmlichen Sinne sogar eher skeptisch begegnen.

Hier wurde aber angemerkt, dass es auch in dieser Diskussion — wie sehr oft und leider auch in den Darlegungen von PATEL – eine starke, etwas selbstgefällige Verabsolutierung der Position der sechs Gründungsstaaten gebe. Speziell Spanien, wo der Autor dieses Statements herkam, habe noch 30 Jahre länger die Diktatur ertragen müssen und es sei schon lange in der auslaufenden Franco-Ära und danach eine ganz entscheidende Perspektive gewesen, in ein Europa einzutreten, dass sehr viel entschiedener in Richtung Überwindung der Nationalstaaten geht.

Bezugnehmend auf die Mitteilungen von „Europäischen Föderalisten“, die im Rahmen von Städtepartnerschaften sehr aktiv sind und darüber bereits am Vormittag der diesjährigen „Hertensteiner Gespräche“ be-

richtet hatten, wurde hierzu festgehalten, dass in diesen Staaten große Teile der Bevölkerungen viel enthusiastischer auf ein immer engeres Europa hoffen, unabhängig von aktuellen Schwankungen, beispielsweise infolge der Coronakrise und den da zunächst explodierenden zwischenstaatlichen Abgrenzungen.

Dieser Enthusiasmus schlage sich aber gerade nicht in einem entsprechenden Organisationsgrad dieser Interessen nieder, sondern in Form innerstaatlicher Konflikte und Proteste, die umso stärker sind. Dies falle zusammen mit der Polarisierung von Populisten und Nationalisten einerseits und diesen europaorientierten Bevölkerungsanteilen andererseits. Dort sei die Europaidee – zumindest bei den Befürwortern – eine zum Teil noch sehr unverbindliche und griffige Chiffre für Freiheit, Gerechtigkeit, Fortschritt und Wohlstand, zumal man die finanzielle Macht Europas kennt.

Diese Bevölkerungsmentalitätsunterschiede seien aber vielleicht selbst – so ein kritischer Einwurf – Ausdruck europäischer ‚Zersplitterung‘, nur eben nicht nur zwischen Regierungen, sondern zwischen den – durch Regierungspolitiken befeuerten – Konzepten der Proeuropäer dort, die insofern noch sehr länderspezifisch geprägt seien und in Zukunft vermutlich auch noch instabil.

Zur Stabilisierung des europäischen Gedankens europaweit schlug der spanische Teilnehmer – „dann eben als Minimum“ – vor, dass die „Europäischen Föderalisten“ endlich – wie wohl schon vor drei Jahren auf einem Kongress vereinbart – die Gründung einer Föderation auch textlich modellhaft vorantreiben. Hierfür seien ja die hochkomplexen Prozesse mit vorausgesetzter Einstimmigkeit, die im Zuge der damaligen Verfassungsbemühungen unter Giscard d’Estaing gescheitert waren, nicht erforderlich. Eine Föderation könne man letztlich ähnlich „bedingungsarm“ gestalten, wie etwa die „UEFA“, die auch nur die Vereinigung der europäischen Fußballassoziationen sei.

Trotz der Kritik, dass dies dann nur Symbolcharakter hätte – was darüber hinaus auch mit Gefahren der Abnutzung und weiteren Disqualifizierung des europäischen Gedankens als ‚zahnlos‘ einhergehen

könne – wurde diese Idee von einem anderen Teilnehmer, der sich gut mit den vertraglichen Entwicklungen in der EU auskannte, leicht modifiziert, aber bekräftigt. Immer wieder sei es nämlich in der Geschichte des verfassten Europa vorgekommen und hilfreich gewesen, dass die disparat vorhandenen, oft in den Texten sogar versteckten Vereinbarungen und Handlungsanweisungen, vielleicht auch Konsequenzen von Urteilen des EUGH, „mal wieder“ in einer Art „Acquis communautaire“, einem einvernehmlichen Sachstandspapier also, oder zumindest einem entsprechenden Entwurf, zusammengefasst wurden. So könne eine Perspektive und Position präsentiert werden, die zwar in keinsten Weise „verfassungswertig“ sei, dennoch aber eine faktische, gemeinsame Wirkstärke dokumentiere.

In der Diskussion über die zu erwartenden Effekte einer solchen – auch nicht nur konfliktfreien – „Fleißarbeit zur Herausstellung bloß des Gegebenen“, im Sinne eben einer Stärkung und „Zusammenführung“ der Menschen in Europa, wurde nochmal zu Bedenken gegeben, ob es nicht doch einen viel tieferen Graben zwischen Jung und Alt gebe, der auf lange Sicht viel kritischer sei als die Scharmützel zwischen den Ländern oder Länderverbänden in der EU, etwa gegenüber den Visegradstaaten oder kürzlich dann auch den „frugalen Vier“.

Ein solcher „Abgrund zwischen den Generationen“ entfalte vielleicht schon im nächsten und übernächsten Jahrzehnt, wenn die Jüngeren selbst die Verantwortung innehätten, desaströse Wirkungen. Andere, ebenfalls nicht mehr der Jugend zuzurechnende Teilnehmer wandten ein, dass sie gerade hoffen würden, dass denen dann was ganz Neues einfällt, denn ein „Abschied von Europa“ stehe ja wohl – auch immer wieder spürbar, da gebe es wohl kein Vertun – in massivem Gegensatz zu faktischen und wirkmächtigen Interessen des Teilkontinents und auch seiner Länder.

Dennoch bemerkten die Skeptiker einer solchen – sehr modernen, deshalb aber noch lange nicht alternativlosen – „Hoffnung auf die Jugend“, dass Konfliktlinien zwischen Bevölkerungen insgesamt sich zwar – vorübergehend, vielleicht auch mal für länger – aufbauen und

„aufbauschen“ können. Sie könnten sich aber auch wieder „verlaufen“, wenn die dortigen Gesellschaften, mit Unterstützung durch die EU, weiterkommen, weshalb wohl ‚für die Zwischenzeit‘ immer wieder eine – ausgleichende, ggf. auch übertünchende, eben wohlmeinende – „Sprachregelung“ wichtig sei, um die uninteressierten oder noch in der Defensive befindlichen Bevölkerungsanteile auf die „richtige Seite“ zu ziehen.

Zur Frage der Teilnahme jüngerer Menschen am „offiziellen politischen Prozess in der Europäischen Union und für die Europäische Union“, wurde dann von einem der jüngeren Teilnehmer die Vermutung geäußert, dass bei den jüngeren Menschen, die sich in Bezug auf Europa nicht so enthusiastisch geben, eine solche gute „Kosmetik“ vielleicht tatsächlich auch nicht ganz unwichtig sei, auch wenn seine Altersgenossen bei etablierten, offiziellen Gesten sicher noch viel misstrauischer seien. Unverzichtbar sei deshalb für die jungen Europäer, dass es dann aber auch – „... endlich in Menge und Substanz ausreichend würdige und wichtige ...“ – Fortschritte gebe, die bei aller Mühsal den Sonntagsreden zwar ruhig hinterherhinken, endlich aber nicht mehr im Endeffekt ausbleiben dürften („Und dann sagt auch noch kein Verantwortlicher mehr irgendwas dazu!“). Besser könne man nicht „abwerben“. Aktuell sei es somit extrem wichtig, dass im Interesse der Glaubwürdigkeit überhaupt der Erhalt von Rechtsstaatlichkeit, die im gegebenen Mindestmaß ja sogar Bedingung für die Aufnahme in die EU war, unauflöslich mit der Zuteilung von Geldmitteln verlinkt werde.

Ein Teilnehmer vermerkte allerdings – in Ergänzung zu seiner vorherigen Idee eines „Acquis Communautaire“ –, dass es selbst bei neuerlichem Versagen auch bei dieser Frage bis auf Weiteres eine fortbestehende – dann auch weiter zu befördernde, also in der Idee zumindest weiter zu bewerbende – „Real-EU“ gebe, weit weg von Verfassung, Einheit und Perfektion. Dennoch könne und solle man dem nüchternen Sachstand – gerne auch mit Erreichtem und Verpasstem – eine versöhnliche und inspirierende Präambel oder zumindest einen Titel voranstellen, im Sinne etwa von „Unification in Diversity“ (Dies wurde

abschließend nochmal aufgegriffen).

Ein weiterer, jüngerer Teilnehmer merkte zum – zuvor angesprochenen, vielleicht tatsächlich besonders „europajungbürgerrelevanten“ – Glaubwürdigkeitsdefizit noch an, dass insbesondere die immer wieder apostrophierte, emotionale „Wertediskussion“ Aversionen wecke. Zwar würden diese Werte einer freien und menschengerechten Welt – gerade auch mit der europaspezifischen Emphase für beizubehaltende Diversität usw. – nicht mehr ständig wie eine Monstranz herumgetragen, umso öfter jetzt aber – ganz im Gegensatz dazu, oft allerdings noch, nachdem zuvor „große Töne gespuckt“ wurden – „laut totgeschwiegen“, wenn eben die Diskrepanz zum europäisch Machbaren, zum Beispiel im Flüchtlingsdrama, besonders schockiert. Es würde deutlich, dass „Werte“ häufig gerade da, wo sie eigentlich ihren Platz haben und Europa angeblich auszeichnen, in Europa als Ganzem schon lange „nicht mehr das wirkliche Maß der Dinge“ sind.

Dass der Vorredner dies als „europäische Besonderheit“ dann von einer – so unterstellten – politischen „Normalität in Nationalstaaten“ abgrenzte, wo Werte eher als ständiger Bestandteil in die Politik eingingen, führte zur kritischen Nachfrage, ob das wirklich zutreffe bzw. wie es zu verstehen sei. Auch nationalstaatliche Politik greife doch immer in Konfliktfällen – oder in Fällen demonstrativer Einigkeit – auf besondere Werte zurück, die einen angeblich trennen oder vereinen. Dass in Europa diese Werte besonders dann apostrophiert würden, wenn es sozusagen um die Wurst gehe, könne nicht der eigentliche Mangel im Umgang mit Werten sein. Noch schlimmer wäre es doch wohl, wenn diese Werte auch dann nicht mehr angesprochen würden, wie man es oft anderweitig beobachtet.

Schwer erträglich seien natürlich die frappierenden Diskrepanzen „seitens der Wirklichkeit“, zumal Europa eben gerade – als noch unvollendetes Projekt – durch den Bezug auf universelle Werte für sich als Entwicklungslinie für die Gesellschaften und Staaten Europas und benachbarter Regionen, damit unweigerlich auch als Modell für die Welt, werbe. Darin würde sich Europa aber trotz aller Mängel immer noch

positiv unterscheiden von solche Nationalstaaten und Mächten, die – weil sie als solche gar nicht mehr zur Disposition oder Diskussion stehen – diese Werte nur noch in irgendwelchen Präambeln „rumliegen“ haben, nicht mehr aber propagieren oder allenfalls nur instrumentalisieren. Sie stellten ja oft genug sogar nach außen die faktische Ignorierung von Grundsätzen, etwa auch der Menschenrechte, als einen Faktor ihrer Stärke zur Schau.

Gegen Ende schaltete sich noch einer der führenden Repräsentanten der europäischen Föderalisten Deutschlands neu ins Gespräch ein und erklärte – nachdem er die letzten Wortmeldungen noch gehört hatte –, dass es nunmehr – im Interesse der „Durchhaltefähigkeit engagierter Europäer“, die natürlich „eingeborenerweise“ oft trotz viel „diversity“ weiter von „unification“ reden – leider an der Zeit sei, zu fragen, ob man das für den europäischen Prozess wirklich noch sagen könne. Er habe gerade in der Zeit vor Corona noch einige persönliche Kontakt in Brüssel mit Offiziellen unterschiedlicher Länder gehabt und man könne nicht mehr darüber hinwegsehen, dass es seit Langem konkrete, persönlich sehr beängstigende Aktivitäten seitens einiger osteuropäischer Regierungen gegenüber ihren eigenen Vertretern im Europäischen Parlament und den Ausschüssen gibt. Das bedrohe nicht nur diese Menschen, sondern das Vorankommen wichtiger Initiativen, jetzt ja speziell in Bezug auf das Thema Rechtsstaatlichkeit, einem eigentlich konstitutiven Anker der Europäischen Union.

Der zunehmende Mangel an Rechtsicherheit in diesen Ländern wirke somit direkt in die EU hinein – nicht nur mental, sondern von den faktisch in Brüssel angewandten Methoden her –, sodass natürlich auch keine Chance mehr besteht, dass diese Landesvertreter überhaupt noch – zumindest vielleicht langfristig – aus ihrer europäischen Perspektive heraus auf ihre eigenen Regierungen einwirken können. Man könne natürlich immer „wohlwollend“ von einem „steinigen Prozess der Konvergenz“ reden, das mache aber ab dem Punkt keinen Sinn mehr, wo die gemeinsame Grundlage aller EU-Mitgliedsstaaten von einigen offen konterkariert wird. Da müsse man das Vokabular ändern.

Es sei insofern fatal, dass der Corona-Fond und der 7-Jahres-Haushalt mit einem nur sehr schwachen, vermutlich kaum wirksamen Rechtsstaatlichkeitsvorbehalt ausgestattet worden seien. Es bleibe abzuwarten, was daraus folgt. Besser wäre gewesen, man hätte den Fond als starkes Signal außerhalb des gesamteuropäischen Rahmens gemacht, wie ja auch den Euro- und den Schengenraum. Im Kern müssten engagierte Europäer jetzt leider doch – allen Tabus zum Trotz – zügig über ein „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ oder eine „variable Geometrie“ nachdenken.

Abschlussbemerkung des Moderators

Zum Abschluss des Gesprächs stellte der Moderator zunächst zum Ablauf des Gesprächs selbst fest, dass nicht unerwartet ein komplett „gestyltes“ – durchgängig also die im Eingang beschriebenen methodischen Aspekte und Rückkopplungen beachtendes – Vorgehen gar nicht möglich war. Man könne sich aber vielleicht doch damit „trösten“, dass es sicherlich geholfen hat, sich das zunächst mal vorzunehmen und sich dann und wann etwa nochmal die „Wahlprüfsteine“ vor Augen zu halten. Er bedankte sich für diese „Gesprächsdisziplin“ bei den Teilnehmern.

Außerdem habe vermutlich doch der breite thematische Input zu Anfang eine – für den Zweck des Gesprächs essentielle und beeindruckende – Breite auch der Diskussion selbst gefördert, natürlich nicht mit einem abgeschlossenen Ergebnis.

Er habe aber den Eindruck, dass die Gesprächsteilnehmer sich – mit dieser Form des „präparierten“, dennoch aber lebhaften Dialogs, wie auch der Ableitung der Argumente aus größeren Diskussionszusammenhängen – in vielen Fragen tatsächlich wechselseitig hätten „im Interesse an der Sache, natürlich nicht immer in der Sache selbst“ bestätigen und vielleicht auch neu motivieren können. Auch wenn dies nie so eindeutig sei und bleibe, wie man es oft im unmittelbaren Anschluss meine, stimmten dem orientierend alle Teilnehmer auf Nachfrage des

Moderators zu.

Eine weiterführende Idee sei vielleicht das vorbeschriebene, sehr ambitionierte Projekt eines „Acquis communautaire“, diesmal aus der Feder der Europäischen Föderalisten selbst, der dann fortgeschrieben würde und in Zukunft unseren Forderungen nach weiterer Dynamik vielleicht mehr Nachhaltigkeit, eben auch „mehr Ruhe durch mehr Background“, geben könne. Man könnte und müsste hierfür natürlich inhaltlich Anleihe nehmen bei den bereits vorliegenden, offiziellen Kompilierungen der EU selbst, die ja immer in die jahrelangen Beitrittsverhandlungen mit Beitrittskandidaten eingehen und den tatsächlichen Beitrittsverträgen dann auch anhängen. Allerdings wäre dennoch viel Redaktionsarbeit nötig, damit daraus ein - les- und memorierbares, in Botschaften umzusetzendes, ‚aufbauendes‘ oder auch ‚erbauliches‘ - Manifesto in progress“ wird.

Wichtig wäre, dass wir dabei die Zukunft als positive Verlängerung von Gegenwart und Vergangenheit projektieren, die Vergangenheit also zum positiveren Argument würde und nicht vorrangig ein „Weg von ...!“ oder „Nie mehr ...!“ bleibt. Ein solches Projekt würde neue Kräfte in Richtung Föderation und Verfassung mobilisieren, gerade auch weil es unsere Kräfte selbst eben mittelfristig zunächst sinnvoll „bindet“, und so frustrierende Rat- und Tatlosigkeit oder Überaktivitäten verhindert. Man müsse wie überall Wege finden, in schwierigeren Zeiten durch wichtige „Überbrückungen“ dennoch am Ball zu bleiben.

Wichtig ist aber auch – wie uns der letzte Redner eindrücklich aus seinen konkreten Erfahrung in Brüssel vor Augen führte – der Mut zu mehr Ehrlichkeit, wenn gefährliche Entwicklungen und Rückschritte zu verzeichnen sind. Wären wir uns aber unsererer „Orientierungsmarken“ in einem stabileren Entwicklungskontinuum mehr gewiss, könnte uns auch dies vermutlich gar nicht so treffen und „erschöpfen“ oder „entmutigen“, wie etwa das ständige Warten und Bangen auf Dinge eben, die dann doch ausbleiben.

Europa braucht unsere starke Sprachfähigkeit als die eines kritischen Begleiters, nicht eines „Gesundbeters“, insbesondere, wenn Wesent-

liches schief geht und Grundlegendes sogar aufgekündigt wird. Das Verschweigen – in der Hoffnung, dass es niemand merkt – geht immer nach hinten los, denn auch die Menschen, die etwa zum Populismus abdriften, sind ja – grundsätzlich betrachtet – nicht etwa dümmer und auch nicht nur borniert. Sie nehmen vielmehr „... nur mit anderer, innerer Konsequenz genau dieselben Tatsachen genauso wahr ...“, wenden sich deshalb dann aber – in destruktiver und rückwärtsgewandter, also nicht lösungsorientierter Weise, nicht aber völlig zu Unrecht – von den unzutreffenden Euphemismen ab, die manchmal sogar wir selbst liefern, oder auch von den Moralisierungen und Idealisierungen von Europa als Heilsfigur, wie sie hör- und sichtbar heutzutage sogar oft das Infotainment durchwabern. Das macht viele noch saurer und Europa für die Europäer dubios bis unattraktiv, oder nur noch ärgerlich.

Das Gespräch heute habe aber – so erklärte der Moderator, zumindest auch für ihn selbst – Ermutigung und eine – wieder um Vieles ergänzte – Klarheit zu gleichwohl Altbekanntem geschaffen, um den europäischen Prozess weiterhin engagiert – häufig zur Zeit auch gegen sich selbst – zu verteidigen. Es wurde deutlich, dass auch Letzteres nicht nur hinter vorgehaltener Hand passieren darf, weil das „... gerade die Menschen mit allen damit verbundenen, schlimmen Konsequenzen sich selbst überlässt, die ohnehin das Böse ahnen, dann aber das Falsche machen!“

III. Europäische Geld- und Fiskalpolitik

(Moderator und Protokollant: Leonhard Reinwald, JEF-Kreisvorsitzender)

Während die Schaffung des Euros eine einheitliche Europäische Geldpolitik mit der EZB als ausführendes Organ schuf, blieb die Fiskalpolitik im Grunde eine nationale Angelegenheit. Der Fiskalpakt im Zuge der Corona-Krise stellt durch die gemeinsame Geldaufnahme im großen Umfang eine Neuerung im Institutionengefüge der EU dar. Doch inwiefern ist es nun ein unumkehrbarer Schritt in Richtung einer dauerhaften Zusammenarbeit in der Fiskalpolitik (vgl. Aussagen Olaf Scholz) oder nur ein einmaliges Konstrukt mit klarem Ablaufdatum (vgl. Aussagen Seibert/Merkel)?

Die Einführung in das Thema des Gesprächskreises zur Europäischen Geld- und Fiskalpolitik wurde von Leonhard Reinwald vorgenommen. Hierzu wurden zuerst die theoretischen Grundlagen der beiden Politikfelder dargelegt, im Anschluss der aktuelle Status quo skizziert und mögliche Problemfelder angerissen. Trotz der umfangreichen Literatur zu den Themen soll hier der Vortrag für den interessierten Leser kurz zusammengefasst werden.

Geldpolitik befasst sich mit der Steuerung einer Währung. Die zentrale Basis jeglicher Geldpolitik ist die Sicherstellung des Vertrauens der Bürger, Finanzmärkte etc. in den Wert einer Währung. Nach dem Ende der Goldbindung von Währungen wurden den Notenbanken die meisten Aufgaben im Bereich der Geldpolitik übertragen, um die Währungsstabilität von vom operativen politischen Tagesgeschäft zu entflechten.

Zentralbanken kontrollieren nun die Geldschöpfung, das heißt, sie geben Bargeld aus und steuern die Geldschöpfung (Kreditvergabe) der

Banken. Die zentrale Steuerungsgröße ist die Inflation, die innerhalb eines Zielbandes gehalten werden soll. Dies geschieht meist durch die Festlegung der kurzfristigen Zinssätze und Mindestreservevorgaben an Banken (Menge des Geldes, das Geschäftsbanken bei der Notenbank hinterlegen müssen). Eng damit verbunden ist die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Bankensystems.

Die Fiskalpolitik als eigenständiger Politikbereich ist nach dem Zweiten Weltkrieg auf Basis der Erkenntnisse von Maynard Keynes entstanden. Hierbei soll der Staat die Auslastung der Produktionskapazitäten sicherstellen und somit Rezessionen begrenzen. Dies wird durch die schuldenfinanzierte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen erreicht (Konjunkturpakete). Der zweite Teil einer anschließenden Rückführung dieser Verschuldung wird in der Praxis jedoch meist nicht erreicht.

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive sollten Geld- und Fiskalpolitik eine ähnliche Ausrichtung haben, da eine entgegengesetzte Ausrichtung zu Wohlstandsverlusten führt. Beispielsweise führen Zinserhöhungen und mehr Staatsausgaben in Verbindung zu einer starken Schwächung der Privatwirtschaft. Die große Problematik ist jedoch, dass direkt vom Staat geführte Notenbanken häufig zu Inflation führten.

Aktuell ist die Geldpolitik in der Europäischen Union relativ stark vereinheitlicht. Die Europäische Zentralbank ist der primäre Akteur in der Eurozone. Die Nichtmitglieder der Eurozone sind auch in das Europäische System der Zentralbanken integriert, auch wenn sie weiterhin Handlungsfreiheit haben. Der Austausch sorgt jedoch für eine bessere Abstimmung der geldpolitischen Entscheidungen.

Die nationalen Notenbanken bestehen im föderalen System weiter und sorgen für eine gute Verknüpfung mit den nationalen und Geschäftsbanken. Die klaren Aufgaben und Zielformulierung mit einer Inflation von nahe, aber unter 2% ermöglicht das breite Vertrauen in die Notenbank.

Die weit verbreitete Kritik an der Niedrigzinspolitik der EZB erscheint verfehlt, da sehr niedrige und auch Negativzinsen derzeit in entwickelten Volkswirtschaften üblich sind. Zudem gibt es derzeit keine

Inflationsüberschreitung sondern eine im Vergleich zum definierten Ziel eher zu niedrige Inflation.

Die aktuell laufenden und stark ausgeweiteten Anleihekäufe sind juristisch gesehen keine Staatsfinanzierung, faktisch allerdings schon. Da dies aber inzwischen global üblich ist und die üblicherweise auftretenden negativen Folgen wie starke Inflation bisher noch nicht aufgetreten sind oder gar erwünscht sind, ist hierbei keine Zielverfehlung der EZB zu beobachten.

Abschließend kann zusammengefasst werden, dass die Geldpolitik in Europa im Großen und Ganzen bereits ziemlich einheitlich ist. Der Status quo der Fiskalpolitik stellt sich hingegen anders dar. Hier ist noch eine starke nationale Fragmentierung zu beobachten. Die Staaten der Europäischen Union haben völlig unterschiedliche Bereitschaft und Fähigkeit zur Verschuldung in Krisensituationen und es gibt bisher auch noch keine wirkliche Kooperation in diesem Bereich.

Dies ist jedoch problematisch, da Konjunkturprogramme nicht wie in der Theorie nur in einem Land wirken, sondern auch stark in anderen EU-Staaten. Die nationale Verschuldung sorgt somit für eine europäische Konjunkturbelebung durch Verflechtung der europäischen Volkswirtschaft, während für die Verschuldung nur ein Land haftet. Somit war die expansive Fiskalpolitik der Südeuropäer in den letzten Jahren relativ unsinnig.

Das EU-Budget wird vor allem intergouvernemental festgelegt, auch wenn das Europäische Parlament ein Mitspracherecht hat. Die dauerhafte Verschuldung der EU ist verboten, weshalb eine europäische Fiskalpolitik derzeit nicht möglich ist. Die europäische Geld- und die nationalen Finanzpolitiken sind schlecht aufeinander abgestimmt.

Das aktuelle „Next Generation EU“ Projekt könnte jedoch zu einer Änderung führen. Die im Raum stehenden 1,8 Billionen Euro teilen sich auf den minimal höheren EU-Haushalt mit 1,1 Billionen Euro und 750 Milliarden Euro Hilfe für die Mitgliedsstaaten auf. Davon entfallen 360 Milliarden Euro auf Kredite an die Mitgliedsstaaten, wobei die

tatsächliche Nachfrage nach diesen Krediten noch fraglich ist.

Die Zuschüsse an die Mitgliedsstaaten werden nur für Projekte genehmigt, welche vorher jedoch beantragt und von der Kommission genehmigt werden müssen. Daraus resultiert nun eine Zeitverschiebung, weshalb die Mittel wohl nicht zeitnah wirksam werden.

Die maximal mögliche Verschuldung von 750 Milliarden Euro soll in den Jahren 2026-2058 aus Haushaltsmitteln und neuen Einnahmequellen (Finanztransaktionssteuer? Plastiksteuer?) zurückgezahlt werden.

Nun sollen noch aktuelle Probleme und mögliche zukünftige Konflikte skizziert werden.

Eine häufig ignorierte Tatsache ist, dass eine expansive Fiskalpolitik Strukturreformen in Wirtschaft und Verwaltung nicht ersetzt. Ein weiterer aktueller Konflikt, welcher sich durch das „Next Generation EU“ Projekt noch deutlich verstärken wird, ist, dass nationale Projekte über europäische Mittel finanziert werden. Dabei wollen die Geldgeber ein Mitspracherecht bei nationalen Entscheidungen der Empfänger. Zudem kann es unterschiedliche Ansichten über effektive Korruptionsbekämpfung und ökonomische Sinnhaftigkeit geben. Insgesamt steigt der Controlling-Aufwand und der Umfang von Genehmigungsverfahren an. Auch die Steuerverwendung ohne eine tatsächliche Mitsprache der eigentlichen Steuerzahler kann langfristig für Unmut sorgen.

Der hohe Anteil von Projektmitteln in den Haushalten, gerade bei Einmalprogrammen erfordert auch einen Abruf der Mittel, welcher meist bei der Genehmigung noch gar nicht sichergestellt ist. Inzwischen besteht an Mangel an geeigneten Projekten und Planungskapazitäten, während Genehmigungsverfahren, Verträglichkeitsgutachten etc. zusätzliche Unsicherheitsfaktoren sind.

Die nationale Fiskalpolitik wird weiter europäisch begrenzt, während die europäische Fiskalpolitik nur begrenzt handlungsfähig ist. Die be-

reits angesprochene Wechselwirkung zur Geldpolitik ist zu nennen, aber vor allem die Maastricht-Kriterien. Die demokratische Legitimation der Europäischen Union in diesem Bereich und die Zuständigkeiten sind für den Durchschnittsbürger nur schwer zu erkennen. Die Möglichkeit zur Missachtung der Regeln führt zu einer weiteren Unsicherheit im europäischen Vertragswerk.

Mehrfachanrechnungen von Ausgaben für unterschiedliche Ziele führen zu Unübersichtlichkeit der tatsächlichen Ausgaben. Als Beispiel sind hier zum Beispiel die Nennung derselben Ausgaben für die Bekämpfung der Corona-Folgen und die Bekämpfung des Klimawandels. Auch die Anrechnung fiktive Einnahmen zur „Gegenfinanzierung“ wie eine noch nicht existierende Finanztransaktionssteuer sorgt für eine Unglaubwürdigkeit der Ersteller.

Zusammenfassend gibt es also vor allem im Bereich der Fiskalpolitik aktuell und in Zukunft einige Probleme und Konfliktfelder.

Nun sollen im Folgenden die verschiedenen Themen, welche in der Diskussionsrunde angesprochen wurden, wiedergegeben werden.

Heinrich Kümmerle fragte nach, welche die Bedeutung der Wegfall Großbritanniens auf die Europäische Union hat und wie der Haushalt der Europäischen Union ohne vollständige Staatlichkeit und nur geringe eigene Einnahmen funktioniert.

Leonhard Reinwald führte aus, dass die Mittel des EU-Haushalts von den Mitgliedsländern an die EU überwiesen werden. Sie zahlt das Geld wieder für Projekte in den EU-Ländern aus. Verwaltungskosten und Gehälter machen nur einen sehr geringen Anteil des Haushalts aus. Zahlt ein Mitgliedsland mehr Geld an die EU als es an Geldern von dort erhält, spricht man meist von einem Nettozahler. Durch den Austritt Großbritanniens entfiel ein bedeutender Nettozahler, aber in den Verhandlungen der EU-Staaten wurde diese Problematik bereits gelöst. Gesamtwirtschaftlich sind die Änderungen eher als gering einzuschätzen.

Heinrich Kümmerle wies auf die Problematik des – in den Verträgen

verankerten – Verschuldungsverbots der EU hin, welches nun faktisch ausgehebelt wird.

Leonhard Reinwald bemerkte, die EU verschulde sich bereits im operativen Bereich. Beispielhaft sei die Refinanzierung von Darlehen für Anrainerstaaten zu nennen. Durch den jeweiligen Rückzahlungsplan gebe es keine dauerhafte Verschuldung, allerdings sei es schon als eine Beugung der Verträge zu werten. Deshalb sei mittelfristig wohl eine Vertragsänderung notwendig.

Heinrich Kümmerle brachte seiner Befürchtung zum Ausdruck, dies fördere Unmut beim Bürger, insbesondere vor dem Hintergrund der Betonung der „Schwarzen Null“ im politischen Diskurs, welche einer massiven Verschuldung auf europäischer Ebene entgegenstehe.

Wolfgang Wettach verwies darauf, dass die „Schwarze Null“ nur angestrebt wird, nicht aber versprochen würde. Ein ausgeglichener Haushalt entstünde vor allem durch Buchungstricks, welche Pensionsverpflichtungen und andere ausgelagerte Schulden nicht berücksichtigten. Die EU-Verschuldung sei nun ein weiterer solcher Buchungstrick. Zentrales Ziel der nationalen Regierungen sei es, Zuschüsse ins eigene Land bringen. Für die Zukunft seien eigene EU-Mittel wichtig. Dies könne vor allem eine CO₂-Steuer sein. Bisher seien es vor allem Außensteuern. Die EU gibt somit nicht aus, was die Nationalstaaten sparen.

Peter Schulze stellte klar, dass die Kommission den Haushalt vorschlägt, über den dann Rat und Parlament beschließen. Zudem wies er auf die Primärquellen hin. Im Haushalt würden viele innovative Finanzinstrumente wie etwa „Garantiekonstrukte“ verwendet, was für ein kompliziertes Zusammenwirken Sorge. Das Haushaltsvolumen von 1,1 Billionen verteile sich zudem über 7 Jahre. Nun müsse sich erst noch das Parlament mit dem Haushalt befassen. Die Konditionalität der Rechtsstaatlichkeit sei dabei ein entscheidender Punkt. Erstmals würden zudem Eigenmittel der EU explizit im Haushalt verankert. Dies sei ein Schritt zur Staatlichkeit der EU. Dies könne Ausdruck in einem europäischen Finanzminister oder Schatzkanzler finden. Die Emission von Green Bonds und Social Bonds schaffe zudem eine Verknüpfung

des EU-Haushalts mit Zielen des Green Deals.

Javier Giner begann mit einem Rückblick zur Einführung des Euro Anfang des Jahrtausends. Damals lief die Wirtschaft gut. Der Regelungsbedarf aus der gemeinsamen Währung erforderte eigentlich eine gemeinsame Verfassung, was jedoch scheiterte. Deshalb wurden die Europäischen Verträge geschaffen. Die derzeitige Komplexität in Verbindung mit einer geringen Finanzkenntnis der Bürger und einer unklaren Kommunikation der Finanzen durch Politik und Medien sei eine gefährliche Kombination. Die Lösung sei eine Europäische Verfassung.

Heinrich Kümmerle führte das deutsche Sprichwort „Bei Geld hört die Freundschaft auf“ an. Die Transparenz der Finanzpolitik müsse erhöht werden. Für den Durchschnittsbürger sei der EU-Haushalt nicht verständlich.

Wolfgang Wettach stellte die spanische Sichtweise dar, dass die Transparenz der Finanzen auf EU-Ebene deutlich besser sei als auf nationaler Ebene. Auch sei das Vertrauen in die europäische Korruptionsvermeidung in den meisten Ländern Europas deutlich höher als in Deutschland, wo mehr in nationale Maßnahmen vertraut wird. Ein Beispiel hierfür sei Eurostat, wo auch auf deutschen Druck keine Kontrolle der nationalen Datenmeldungen vorgenommen wird, was in Bezug auf die griechische Verschuldung negative Auswirkungen hatte.

Konstantin Kümmerle fragte nach der praktischen Relevanz der Zweckbindung der Haushaltmittel für Corona-Folgen.

Leonhard Reinwald meinte, diese Zweckbindung sei als eine „weiche Zweckbindung“ zu verstehen. In der Tat werde es eine Kontrolle durch die Kommission geben, weshalb Anträge korrekt formuliert werden müssten. Die Krisensituation spreche jedoch für ein großzügiges Vorgehen.

In Bezug auf das vorherige Thema seien in der EU große Unterschiede in der Haltung zu Finanzthemen zu erkennen, wobei diese meist aus dem Vergleich zur eigenen nationalen Ebene herrühre. Dies werde zum Beispiel an der Entwicklungszusammenarbeit deutlich, in der auf

EU-Ebene eine deutlich höhere Transparenz und Korruptionsbekämpfung vorherrsche, da die nationalen Staaten eine gute Kontrolle die EU-Ebene anstreben. Langfristig sei Transparenz sehr wichtig, nicht nur für die EU, sondern auch national. In letzter Zeit sei bei der Darstellung der Staatsfinanzen viel verschleiert worden. Es herrsche eine Präferenz für komplexere finanzielle Konstruktionen. Ein Beispiel sei die Flüchtlingsrücklage, deren Mittel nun intransparent verwendet würden. Die Integration des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus in den Finanzrahmen würde sicher spannend werden.

Javier Giner ist der Ansicht, dass eine Bundesverfassung notwendig sei. Als föderalistisches Beispiel führte er die Schweiz an, inklusive des Rotationsprinzips beim Staatsoberhaupt.

Heinrich Kümmerle stimmte der Forderung nach einer Verfassung zu. In den nächsten Jahren sei sie aber sicher nicht zu erreichen. Zuvor aber sehe er die Gefahr eines Zerbrechen an diesen Finanzfragen. Ein Finanzkonvent o.ä. solle möglichst bald für mehr Transparenz gegenüber den Bürgern sorgen.

Peter Schulze wies darauf hin, dass Beschlüsse vom Rat und Parlament an nationale Parlamente zur Stellungnahme weitergeben würden. Zudem würden auch nur wenige Menschen den Bundeshaushalt verstehen. Es brauche also mehr Transparenz und Nachverfolgbarkeit der Ausgaben. Die EU habe hierfür den Europäischen Rechnungshof. Populistischen Argumentationen müsse vorgegriffen werden. Fondslösungen könnten zur Entpolitisierungen von Politikbereichen beitragen und seien somit positiv zu sehen.

Leonhard Reinwald verließ seiner Ablehnung der Entpolitisierung von Politikbereichen Ausdruck. Auf europäischer Ebene sei die Vereinheitlichung von Daten zu großen Teilen aktuell bereits gegeben, was eine notwendige Vergleichbarkeit herstelle.

Zum Thema der Transparenz bestehe zudem eine prinzipielle Konfliktlinie zwischen Verwaltung und Volksvertretern. Der Komplexitätsaufbau der Verwaltung verhindere das Durchgreifen der Parlamentarier.

Hieraus folge die Notwendigkeit von Parteien zur Organisation eines Gegengewichtes, da einzelne Parlamentarier dem überaus komplexen Verwaltungsapparat selbst in einzelnen Fachbereichen nicht auf Augenhöhe begegnen könnten. Hierdurch hätten die Eigeninteressen des Verwaltungsapparats eine hohe Bedeutung. Es bräuchte also langfristig eine Stärkung der Parlamente gegenüber der Verwaltung.

Javier Giner führte die Maut als Beispiel an. Eine Entpolitisierung führe zu mehr Nichtwählern und einem Wachstum des Nationalismus. Es bestehe eine Notwendigkeit für zeitnahe Maßnahmen.

Heinrich Kümmerle betonte die Notwendigkeit, kreative, neue Lösungsmöglichkeiten für europäischen Föderalismus zu suchen.

Wolfgang Wettach schlug vor, mit sichtbaren Aktionen mehr auf die Straße zu gehen. Zudem sei die UEF stark in den Parlamenten verankert, weshalb in der Vorbereitung der Konferenz zur Zukunft Europas zahlreiche Ideen und Anregungen eingebracht werden könnten.

Javier Giner nannte das Schreiben eines Briefes an das Europäische Parlament, mit der Forderung nach einer Verfassung, als mögliche Maßnahme.

Bettina Kümmerle führte aus, dass die Stärke der EUROPA-UNION im Gegensatz zu „Pulse of Europe“ nicht die Straße sei. Vielmehr läge die Stärke in der Verschriftlichung von Ideen und dem organisierten Arbeiten. Deshalb könne zum nächster Landesausschuss der Europa-Union Baden-Württemberg ein Antrag eingebracht werden.

Leonhard Reinwald zog das Fazit. Die Geldpolitik sei bereits ziemlich europäisch organisiert, während die Fiskalpolitik eine echte europäische Föderation zur Vereinheitlichung benötige. Aktuell seien vor allem mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit für Bürger und Parlamentarier von Nöten, dies sei aber nicht nur ein europäisches Thema.

Ergänzende Bemerkungen von Wolfgang Wettach

Finanztransaktionssteuer und das vielfach verteilte Fell des Bären

Herr Reinwald hatte den Warburg-CumEx-Begünstigter Scholz kritisiert. Ex-Finanzminister Schäuble hat die FTT aber auch zur „Bekämpfung der Armut in der Welt“ nach dem G8 Gipfel in Gleneagles und für die Strukturverbesserung der EU und für den nationalen Umbau in seinen Wortbeiträgen eingeplant gehabt – nicht dass das Scholz besser mache, aber die GroKo nehme sich da nicht viel.

Woher kommt das Extrageld beim Corona-Paket?

Aus der EZB, also aus Buchschulden. Alle Privatbanken schöpften aber Geld, mit Geldmenge M2, sodass dass sie einen Euro in ihrem Tresor 100x auf Papier verleihen dürfen (Damit nicht das Narrativ entsteht, alleine die EZB würde die Buchmenge des Geldes durch „Gelddrucken“ erhöhen).

Unterschiede in großen Ländern was das Vertrauen angeht

In Polen z.B. ist der Unterschied Westpolen und Ostpolen ähnlich groß wie in Deutschland, auch was das gegenseitige Vertrauen angeht (Ostpolen eher Regierungslager der Populisten und Radio-Maria-getragen, Westpolen eher urban und europäisch geprägt).

Zu Javier und der von ihm gewünschten Entscheidungsebene

Da kann ich nur soweit zustimmen, wenn „da wo die Probleme sind“ nicht der Nationalstaat ist, sondern echt subsidiär, also was in der Kommune geht in der Stadt, was im Bundesland / Provinz geht dort, was große Probleme angeht (Sicherheit und Verteidigung, Energieunion, Finanzmarktkontrolle) auf Europäischer Ebene. Für eine Verfassung bin ich auch.

Große buchdicke Haushaltspläne

Telefonbuchformat haben sogar kommunale Haushalte. Wenn ich als

Grüner da eine Frage habe, gehe ich zum ältesten FDPler im Gemeinderat, nicht, weil der meiner Meinung ist, sondern weil der sich wie kein anderer durch die Zahlen gefressen hat.

Gleichgewicht der Kräfte (EU/Nationalstaat/Finanzmarkt)

Was das Gleichgewicht der Kräfte angeht, ist gerade beim Finanzmarkt das Problem, dass selbst nationale Regierungen viel schwächer aufgestellt sind als etwa Banken- und Versicherungsverbände und kaum auf Augenhöhe diskutieren können. Sie müssen oft den Vorgaben der Lobbyisten vertrauen, die ihnen erzählen was sie brauchen.

Präsenz auf der Straße

Da habe ich vielleicht zu sehr als Tübinger gedacht, denn wir sind gut präsent in den Hörsälen und Vortragsräumen der Unistadt. Wenn wir aber mal auf die Straße gehen, nicht als Demo, sondern als sichtbare Aktionen, dann erweckt das Aufmerksamkeit und erreicht andere Leute als sonst. Ich will das Papiere- und Briefeschreiben auch nicht klein reden, im Gegenteil: Die EU-Kommission hat immer wieder Konsultationen bei denen Bürgergruppen wie die EUROPA-UNION, wo wir dann tatsächlich Stellungnahmen senden können.

Zu Bügerräten und Mehr Demokratie e.V. (Thema von Thomas Michl in der Pause)

Mit Mehr Demokratie e.V. habe ich schon länger ganz ordentlich zusammengearbeitet. Ein ehemaliger Bundesvorsitzender war ja für uns 2009-2014 im Europäischen Parlament. Deren Europaebene ist – ähnlich wie bei der UEF – ebenfalls schwächer aufgestellt als die deutsche, aber auch ein guter Ansprechpartner.

IV. Wir sind nicht alleine! – Vernetzung und Wirkkraft Europäischer Föderalisten

(Moderator: Christian Moos, EUROPA-UNION Generalsekretär; Protokollant: Heinrich Kümmerle)

Einleitung

Die EUROPA-UNION ist die deutsche Sektion der Europäischen Föderalisten. In der Union der Europäischen Föderalisten (UEF) versammeln sich Aktive, auch aus unseren europäischen Schwesterverbänden. Ehrenamtliche aus unseren Reihen nehmen regelmäßig an Tagungen der UEF teil. Viele EUROPA-UNION-Verbände haben darüber hinaus Kontakte zu einzelnen UEF-Verbänden oder auch zu anderen europäisch gesinnten zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Wie können wir die europäische Vernetzung, die europäische Dimension unseres Einsatzes für ein vereintes, föderales Europa weiterentwickeln und stärken? Wer kennt weitere Ansprechpartner in Brüssel oder in anderen europäischen Staaten?

Gesprächsstart

Javier Giner nutzt diesen Gesprächskreis gleich zu Beginn, um allen Europäischen Föderalisten ein eigenes Angebot zur Zusammenarbeit zu unterbreiten:

„Liebe Föderalisten,

Es gibt viele föderalistische pro-europäische Gruppen, aber die EUROPA-UNION Deutschland braucht keine weiteren Gruppen, sondern eine Föderation der Föderalisten. Dafür wurde die FAEF (Federal Alliance of European Federalists) gegründet: <https://www.faeф.eu/>

Eine Föderation muss richtig verstanden werden. Hab keine Angst oder Furcht, denn nach der Föderation macht jede föderierte Gruppe weiter, was sie vor der Föderation getan hat. Nehmen wir das Beispiel der UEFA (Union des Europäischen Fußballverbandes), die nur Befugnisse hat, die ihr von nationalen Verbänden übertragen wurden, zum Beispiel dem Deutschen Fußball-Bund (DFB). Die UEFA kann also Fußballmeisterschaften auf europäischer Ebene organisieren, aber der DFB nicht. Ebenso kann die UEFA die Bundesliga nicht organisieren.

Wir sollten also nicht nach zu vielen Arten von Föderalismus suchen, weil die einfachste die beste ist und es eine gute Föderation sein kann.

Aus diesem Grund erlaube ich mir, anlässlich der 4. Hertensteiner Gespräche, die EUROPA-UNION Deutschland offiziell zur Föderation mit der FAEF einzuladen.

Wenn sich die EUROPA-UNION Deutschland mit der FAEF zusammenschließt, wird es nicht lange dauern, bis sich auch andere UEF-Verbände mit der FAEF zusammenschließen.“

Christian Moos und Heinrich Kümmerle betonten dabei, dass die UEF genau der Zusammenschluss sei, den die FAEF jetzt erreichen möchte. Die FAEF unterscheidet sich nach Kümmerle alleine dadurch, dass sie den gemeinsamen Anspruch auf eine Europäische Verfassung und den Bundesstaat Europa mehr in den Vordergrund rückt, als es die UEF derzeit macht. Er ist davon überzeugt, dass sich die FAEF Mitglieder stärker innerhalb der UEF engagieren sollten, mit dem Ziel, den Bundesstaat Europa erneut in den Focus aller Verbandsbemühungen zu bringen.

Christian Moos führte weiter aus, dass es nicht nur in den verschiedenen Verbänden unterschiedliche Meinungen gibt, auch im eigenen Verband herrsche die Vielfalt, was das Ganze aber nicht immer einfacher macht.

Heinrich Kümmerle brachte nochmals in Erinnerung, dass wir auch mit diesen Gesprächen die Verbindung zu unseren Nachbarverbänden suchen, so konnten. So habe man die „Neue Europäische Bewegung Schweiz“ als Unterstützer gewinnen und auch eine erste Verbindung zur „Europäischen Föderalistischen Bewegung Steiermark“ aufnehmen können.

Bettina Kümmerle betonte, dass der Landesverband der EUROPA-UNION ebenfalls die Verbindung zu den Nachbarn hält, wie zum Beispiel zum Movement Européen Alsace.

Ein weiterer Versuch, die Verbindungen untereinander nicht abrechen zu lassen, seien zum Beispiel die Foren zum Europastammtisch, welche mehrsprachig betrieben werden und allen Unionsbürgern zum Austausch zur Verfügung stehen.

Gerade durch diese Verbindungen und dem Austausch untereinander entstehe für alle Beteiligten ein Mehrwert, der sich auch für gemeinsame Aktionen nutzen lässt, wie z.B. die letzte Kundgebung anlässlich des Jubiläums der Römischen Verträge, wo Föderalisten aus ganz Europa 2017 zusammenkamen und in Rom Flagge zeigten.

V. Die bevorstehende EU-Zukunftskonferenz – Vorstufe für einen neuen Verfassungskonvent für Europa?

(Moderatoren: Michael Georg Link MdB, ehemaliger Staatsminister für Europa; Dr. Markus Schildknecht, Stv. Landesvorsitzender der EUROPA-UNION; Protokollant Heinrich Kümmerle)

Wir müssen jetzt starke Impulse für die Zukunft Europas setzen. Eine neue Europäische Verfassung kann der Grundstein für die Schaffung einer handlungsfähigeren Europäischen Union sein. In der Diskussionsrunde wollen wir darüber sprechen, wie ein solcher Entwurf aussehen könnte und welche Möglichkeiten eine Europäische Verfassung eröffnet.

Michael Georg Link MdB führte einleitend auf, dass sich die EU derzeit nicht nur in einer Staatsschulden-, sondern auch in einer COVID-19-Krise befindet und sich dabei auch viel mit sich selbst beschäftigen muss.

Er ging dann noch auf Europas Peripherie ein, wobei die Ereignisse in Belarus besonders angesprochen wurden, gefolgt von China, Russland und der Türkei, welche allesamt sehr großen Einfluss auf die EU nehmen – nicht umgekehrt! Und im Gegensatz zu diesen Diktaturen können Demokratien auch nicht so schnell auf neue Krisen oder Ereignisse reagieren.

Zum bevorstehenden Konvent selbst meinte er, dass dieser von uns durchaus noch beeinflussbar wäre, hierbei könnte zum Beispiel die

Präsidentin der Europäischen Bewegung, Dr. Linn Selle, welche auch EUROPA-UNION Mitglied ist, unsere Vorstellung einbringen.

Wolfgang Wettach merkte an, dass auch die UEF alle Entwicklungen und Positionen auf einer eigenen Website aufführt und zudem beabsichtigt, ebenfalls auf die Gespräche Einfluss zu nehmen: <https://www.federalists.eu/conference-on-the-future-of-europe/>

„Unsere 9 Inhalte als UEF:

1. Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion (dazu gehört echte Finanzmarktkontrolle und echte Bankenunion, 2008 ist nicht vergessen),
2. Entwicklung einer echten Verteidigungsunion mit einer starken zivilen und gemeinsamen militärischen Krisen- und Konfliktbekämpfung,
3. Echte Eigenmittel der EU,
4. Europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik,
5. Souveräne Staatlichkeit der EU als verfasstem Bundesstaat anstoßen → Konvent, Javier Giners Punkt,
6. Qualifizierte Mehrheit als Standard einführen,
7. Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments (Valentin Webers Punkt),
8. Alle Möglichkeiten des Lissabon-Vertrages zur EU-Vertragsänderung nutzen,
9. Föderalismus als Mehrebenen-Demokratie auf allen Ebenen der EU zur Grundlage machen.“

Michael Link erinnerte an den Europäischen Konvent 2002, wo die Niederlande der Hemmschuh waren und die Verfassung letztendlich an Frankreich und den Niederlanden gescheitert sei.

Alle vertraglichen Änderungen benötigen noch heute die Einstimmigkeit, wobei dieses Mal Polen und Ungarn der Hemmschuh seien.

Um die Konferenz zum Erfolg zu führen, müsse im Vorfeld bereits ein „Arbeitsauftrag“ eindeutig formuliert werden. Zusätzlich muss der Teilnehmerkreis von Anfang an Vertreter der Mitgliedstaaten beinhalten, da diese letztendlich den notwendigen Vertragsänderungen zustimmen müssen.

Dr. Markus Schildknecht geht in seinen Ausführungen auf die Subsidiarität und die Verhältnismäßigkeit ein, merkte dabei auch an, dass die Kommission selbst offen gegenüber Vertragsänderungen sei, aber dies von den Mitgliedstaaten nicht gewünscht werde. Die Konferenz wird vom Europäische Rat und der Kommission einberufen, wobei das Europäische Parlament angehört werden wird.

Die Erwartungen der Gesprächsteilnehmer an eine Konferenz zur Zukunft Europas sind schon hier sehr unterschiedlich. Javier Giner hofft auf eine „kleine Lösung“, die ca. 9 Mitgliedstaaten zu einer Föderation mit eigener Verfassung zusammenführt („Auch der Euro wird nicht von allen Mitgliedstaaten verwendet.“). Diese Föderation soll sich schwerpunktmäßig um Außen- und Sicherheitspolitik kümmern.

Leonhard Reinwald legte Wert darauf, dass sich die Konferenz eher am Bürger und den Kommunen und nicht an den Europapolitikern orientierten solle.

Clara Völler forderte, dass alle Ebenen miteinander verwoben werden, der richtige Weg sei der der kleinen Schritte, die zwar viel Kraft fordern aber zum Erfolg führen. Den von Giner geforderte Weg (über Artikel 20) sei zu schwierig, und man müsse sich in der EU auch mehr als Einheit sehen.

Michael Link betonte, dass, wenn man zum Erfolg kommen wolle, der gesamte europäische Werdungsprozess von Wahlzyklen abgekoppelt werden müsse.

Als erste Forderungen für den Konvent wurden formuliert:

- Direkte Wahl des Kommissionspräsidenten und Spitzenkandidaten der Parteienfamilien.
- Bindung an den Wertekanon der Gemeinschaft.
- Erweiterung (Westbalkan).
- Transnationale Listen.
- Bundesstaat mit Bundesverfassung.
- Stärkung des Europäischen Parlaments (EP).
- Überarbeitung des Wahlrechts zum EP.
- Entsprechende Änderung des Grundgesetzes.

Hot-Wash-Up & Ausblick

Direkt im Anschluss an den letzten Gesprächskreis wurden die 4. Hertensteiner Gespräche offiziell beendet, wobei in einer Art von gemeinsamen Schlusswort die Kernaussagen der gesamten Gespräche nochmals betont wurden.

Alle Teilnehmer sahen die virtuellen Gespräche als gelungen an, da diese nun auch externe Teilnehmer besser und einfacher einbinden konnten. Die Intensität der Gespräche wurde allseits gegenüber den Präsenz-Gesprächen als erhöht angesehen, deshalb wurde das sonst übliche „Beiprogramm“ auch nicht vermisst.

Aufgrund der Gesprächsintensität und fehlenden Pausen konnte der übliche Hot-Wash-Up nicht in der gewohnten Ausführlichkeit erfolgen. Man entschied sich, hier zu kürzen, um alle Teilnehmer ein wenig zu schonen.

Zudem wurde angeregt, den potentiellen Teilnehmerkreis weiter zu öffnen, wobei die langjährigen Moderatoren davon überzeugt sind, dass auch die künftigen Hertensteiner Gespräche sich weiterhin auf den bestehenden Teilnehmerkreis konzentrieren werden, da dieses Gesprächsformat mit seiner immanenten Langfristigkeit ganz besonders engagierte Teilnehmer in seinen Bann zieht.

Im Nachgang wurde bezüglich des Hot-Wash-Ups aber festgestellt, dass der gemeinsame Hot-Wash-Up ein Teil der Hertensteiner Gespräche bleiben muss, und dafür bei den 5. Hertensteiner Gesprächen für dessen Vorbereitung auch Zeit oder entsprechendes Personal einzuplanen ist. Auch wurde die Anregung, dass die 5. Hertensteiner Gespräche hybrid stattfinden sollen, wieder verworfen, da dies u.a. zu zwei Klassen an Teilnehmern führen würde.

Bisherige Protokolle (als E-Book erhältlich):

- Hertensteiner Gespräche in Heilbronn, Ergebnisse aus dem Jahr 2019
- Hertensteiner Gespräche in Heilbronn, Ergebnisse aus den Jahren 2017 und 2018

Empfohlene Grundlagenliteratur (als Buch erhältlich):

- Kiran Klaus Patel, „Projekt Europa – eine kritische Geschichte“ (Beck Verlag, München, 2018)
- Heinrich Kümmerle, „Europa ist für alle da!“ (Selbstverlag, Amazon Fulfillment, 2020)

Foren des Europastammtisches (Internet-Forum):

Unter <https://foren.europastammtisch.eu> kann auch über dieses Protokoll weiter diskutiert werden.

Mitwirkende

Mitglieder von

- EUROPA-UNION Heilbronn,
- Junge Europäer – JEF Heilbronn,
- EUROPA-UNION Baden-Württemberg,
- Junge Europäer – JEF Baden-Württemberg,
- EUROPA-UNION Deutschland und
- Union Europäischer Föderalisten,
- sowie weitere interessierte Bürger.

Moderatoren, Co-Moderatoren, Impulsgeber und Protokollanten

- Friedlinde Gurr-Hirsch MdL u. Staatssekretärin,
- Bettina Kümmerle (Landesgeschäftsführerin der EUROPA-UNION),
- Carmen Kieninger (Europabeauftragte des Landkreises Heilbronn),
- Bettina Keßler (Kulturmanagerin, Amtsleiterin des Lauffener Bürgerbüros),
- Bernd Kircher (Feuerwehrkommandant, Freiwillige Feuerwehr Beilstein),
- Martin Rüter (Kreisforstamtsleiter, Landratsamt Heilbronn),
- Dr. Karlheinz Koniczek (2. Vorsitzender des Partnerschaftsvereins Untergruppenbach),
- Prof. Dr. Walther Heipertz,

- Michael Georg Link MdB,
- Christian Moos (Generalsekretär der EUROPA-UNION Deutschland),
- Dr. Markus Schildknecht (stv. Landesvorsitzender der EUROPA-UNION),
- Wolfgang Wettach (stv. Landesvorsitzender der EUROPA-UNION),
- Alexander Holder (Landesvorsitzender der JEF),
- Leonhard Reinwald (Kreisvorsitzender der JEF),
- Heinrich Kümmerle (Kreisvorsitzender der EUROPA-UNION).

Über uns

Die EUROPA-UNION Heilbronn bietet ihren Mitgliedern europaweite Kontakte und Verbindungen durch Begegnungen mit europäischen Partnern und Besuche europäischer Institutionen. Sie haben die Möglichkeit, in verschiedenen Arbeitskreisen unseres Kreis- aber auch Landesverbandes mitzuwirken und erhalten Einladungen und Informationen zu unseren Veranstaltungen. Fünfmal im Jahr beziehen sie unsere Mitgliederzeitschrift „Europa Aktiv“ und monatlich das Rundschreiben der EUROPA-UNION Heilbronn. Außerdem werden sie mit kostenlosem Informationsmaterial zu speziellen Europathemen versorgt.

Europa lebt vom Engagement seiner Bürger. Sie können den Kurs mitbestimmen!

Die EUROPA-UNION Heilbronn ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Bürgern, die für Frieden, Freiheit, Demokratie und Föderalismus eintreten.

Wir wollen einen Europäischen Bundesstaat, nämlich die Vereinigten Staaten von Europa. Dieser Bundesstaat soll dann seinen Teil dazu beitragen, dass unsere eine Welt immer weiter zusammenwächst und dies möglichst nach unseren eigenen Werten und Grundsätzen.

Unser Motto ist dabei: Ein vereintes Europa in einer vereinten Welt.